

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 43.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 28. Oktober 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Teuerung.

Seit einem Jahrzehnt haben wir eine langsame aber stetige Steigerung der Preise für fast alle Lebens- und Genußmittel und Bedarfsgegenstände für den Haushalt zu verzeichnen. Alles klagt über teure Zeiten. Teure Zeiten sind aber nicht immer schlechte Zeiten. Es kommt stets darauf an, ob im gleichen Maße, wie die Preise steigen, auch die Einkommenverhältnisse der Bevölkerung sich vermehren. So könnte nachgewiesen werden an verschiedenen Beispielen, daß infolge der Erhöhung der Preise mancher Industrieerzeugnisse den Arbeitern eine größere Möglichkeit für die Verbesserung ihrer Löhne gegeben war. Wie liegt denn die Sache mit den

Lebensmitteln?

Es ist nicht richtig, wenn man die in den letzten Jahren erhöhten Preise für Fleisch, Brotgetreide usw. mißt an dem Preistiefstand der 80er und 90er Jahre, jener Jahre, wo Deutschland überflutet wurde durch den Ueberfluß der Agrarprodukte des Auslandes. Der Beweis hierfür ist schon darin gegeben, daß nicht bloß Deutschland, sondern auch die Länder um uns herum die gleichartige Steigerung der Lebensmittelpreise zu verzeichnen haben. Selbst Amerika, das Land mit seinen riesigen Agrarflächen, hat eine Steigerung der Fleischpreise fast um 150% innerhalb 10 Jahren erlebt, und der Preis für Brotsfrüchte um 60%. In dem Maße, in dem die Getreide exportierenden Länder eine Industrie entwickeln, in dem Maße steigt in diesen Ländern der Inlandsverbrauch, und damit vermindert sich das Quantum, das für den Weltmarkt, also auch zur Befriedigung unserer Bedürfnisse in Deutschland, abgegeben werden könnte. Weiterhin aber steigen auch die Produktionskosten der Agrarwirtschaft. So lange Amerika über jungfräulichen Boden verfügte, der ohne erhebliche Arbeit und ohne Dünger die besten Produkte lieferte, konnte es für den Inlandsverbrauch und den Export billige Preise normieren. In dem Augenblick, wo zur Düngerkraft übergegangen werden mußte, infolge Erschöpfung der natürlichen Bodenkraft, und gleichzeitig mehr Arbeitskosten aufgewendet werden mußten, stiegen die Preise rapid.

Die Gerechtigkeit verlangt, für die Ursachen der Preissteigerung auch die andern Umstände in Rechnung zu ziehen, die mitbestimmend sind.

Die deutsche Inlandsproduktion

an Fleisch und Brotsfrucht ist gewaltig gestiegen. Die Steigerung dieser Produktivität unserer Landwirtschaft hatte zur notwendigen Voraussetzung eine bessere Preisgestaltung für ihre Produkte. — Eine bessere Preisbildung für die Landwirtschaft war erst möglich durch unsere neuzeitliche Wirtschaftspolitik. Erst nachdem für einen längeren Zeitraum die deutsche Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Auslandes einigermaßen geschützt war, konnte sie sich mit mehr Intensivität auf die Bewirtschaftung des Bodens und auf die Viehzucht werfen. Die intensivere Wirtschaft bedingt größeres Betriebskapital zur Beschaffung von Maschinen, Erbauung von Stallungen und Einrichtungen, die den neuesten Erfindungen, besonders auf dem Gebiete der Hygiene, entsprechen; ferner zur Beschaffung von Kunstdünger und Kraftfutter. Verteuernd für die landwirtschaftliche Produktion wirkt alsdann der Seuchenschutz sowie die veterinärpolizeilichen Vorschriften für Vieh und Fleisch, nicht zuletzt jedoch auch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne. Intensivere Wirtschaft und Viehzucht ist nur möglich mit tüchtig geschultem Personal. Die Beschaffung des landwirtschaftlichen Arbeitspersonals wurde im letzten Jahrzehnt immer schwieriger.

Es soll nicht gesagt sein, daß diese Löhne heute übermäßig hoch wären und keiner Verbesserung mehr bedürften, sondern die Bemerkung soll nur als Nachweis gelten für die Steigerung der Produktionskosten für die Landwirtschaft selbst. Ganz besonders in der Viehhaltung hat sich ein vollständiger Umschwung vollzogen. Während früher dieselbe fast ausschließlich

durch weibliches Personal besorgt wurde, liegt sie jetzt in größeren Betrieben in den Händen der Viehschweizer, die immerhin ganz erheblich höhere Löhne beanspruchen, wie die früheren Dienstmägde. Wir finden deshalb, daß die Viehhaltung gerade in den Kleinbäuerlichen Kreisen am allermeisten Fortschritte gemacht hat und auch lohnend gewesen ist, weil dort der Landwirt meist mit eigenem Personal die Arbeiten verrichtet.

Also, es gibt gewisse natürliche Gründe, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte erklären. Wenn wir dies ehrlich anerkennen, dann muß ebenso offen ausgesprochen werden, daß diejenige Teuerung, um die es sich gegenwärtig handelt, ihren Grund nicht in den vorgebildeten Umständen allein hat, sondern daß

außerordentliche Verhältnisse

mitgewirkt haben.

Diese bestehen in der großen Dürre des letzten Sommers, sowie des Mißratens der Futterernte, sowohl für den Sommer, wie auch für den Herbst, und im Zusammenhang damit Vertrocknung der Weiden. Wer in diesem Sommer auf dem Lande draußen war und einigermaßen Verständnis für landwirtschaftliche Vegetation hatte, den jammerten die grau-gelb verbrannten Wiesen und Matten. Die Folge der Futternot war zuerst ein Ansteigen der Preise für Molkereiprodukte. Der Milchtrag war gering. Infolgedessen sank das Angebot, damit stiegen naturgemäß auch die Preise. Es ist gegenwärtig noch nicht klar gestellt, wer die Milchpreiserhöhungen, die zum Teil 3—5 Pf. pro Liter betragen, in Szene gesetzt hat.

Eine weitere Folge der Dürre hätte sein müssen: Verbilligung der Fleischpreise, weil die Landwirte sich gezwungen sahen, infolge des Futtermangels ihren Viehbestand zu vermindern. Trotz dieses größeren Angebots von Vieh ist eine Verbilligung der Fleischpreise aber nicht eingetreten. Die Metzger behaupten vielfach, sie müßten sich jetzt durch Hochhaltung der Preise schadlos halten für die großen Verluste, die ihnen der heiße Sommer durch Verderben der Ware, Eismangel usw. gebracht hätte. Die landwirtschaftlichen Korporationen haben mit Unterstützung der Landwirtschaftskammern den Landwirten selbst dringend angeraten, wenn auch mit höheren Kosten, das Vieh durchzuhalten, um eine gar zu große Reduzierung des Viehbestandes zu verhindern, die eine noch erheblichere Preissteigerung für Vieh und Fleisch im kommenden Frühjahr und Sommer befürchten läßt. Es dürfte dies nicht überall gelingen. Zuerst haben die Bauern die erste Heuernte, die sonst für Winterfutter gilt, verfüttert, in der Hoffnung, durch zeitigen Regen würde das Herbstfutter wenigstens einigermaßen geraten. Dies letztere ist nicht eingetreten. Auch das Herbstfutter ist durch die Dürre fast überall vollständig ausgefallen. Wir werden deshalb damit zu rechnen haben, daß der Viehbestand sowohl an Rindvieh wie Schweinen erheblich vermindert wird.

Vielmehr mißraten ist weiterhin die Gemüseernte und zwar auch derjenigen Gemüse, die in der Hauptsache für die Winterversorgung dienen: Weißkohl, Wirsing, Hülsenfrüchte usw.

Spekulation der Börse und Händler.

Kann man die Teuerung der vorbezeichneten Agrarprodukte aus natürlichen Verhältnissen erklären, so ist es schon schwieriger, die Frage zu beantworten, warum alle anderen Produkte, besonders die Kolonialwaren, Zucker, Kaffee, Mehl, Graupen, Reis usw. enorme Preissteigerungen zu verzeichnen haben, ohne daß hier ein Mißwachs eintrat. Erklärlich ist, daß durch den Ausfall der Gemüseernte die Nachfrage nach anderen Produkten steigt, aber dies erklärt nicht die hohen Preisnotierungen. Vielmehr hat wohl dazu beigetragen die Spekulation der Börse und der Händler, welche die Teuerungsnachrichten benutzten zu unerträglichen Preistreibern. Dieses Kapitel bedarf noch einer besonderen Untersuchung und Feststellung, ganz besonders auch, inwiefern Preisstärkte des internationalen Handels hier verteuern gewirkt haben.

Wie dem immerhin sein mag, die Hauptfrage ist die:

Wie kommen wir über die teure Zeit hinweg?

Es kann gar kein Zweifel darüber herrschen, daß der Lebensstand der Arbeiterfamilie außerordentlich schwer beeinflusst wird. Wenn dem früheren Steigen der Preise bis zu einem gewissen Grade Verbesserungen des Einkommens zur Seite standen, so kann es als ausgeschlossen gelten, daß für diese anormale Teuerung überall ein Ausgleich durch Erhöhung der Löhne geschaffen werden könnte. Unter dem moralischen Druck der Teuerung wird es vielleicht gelingen, humane und volkswirtschaftlich denkende Arbeitgeber zu bestimmen, vorübergehende Teuerungszulagen oder einen höheren Lohn zu zahlen. Andererseits muß jedoch betont werden, daß einzelne Industrien wohl kaum in der Lage sind, die Löhne so zu erhöhen, daß ein völliger Ausgleich in der Lebenshaltung der Arbeiter erfolgt. In einzelnen Industrien macht sich bereits eine rückläufige Konjunktur bemerkbar, besonders in der Textilindustrie. Die Ursachen hierfür sind wohl in erster Linie mit darin zu suchen, daß die Haushaltungen für Ernährungszwecke erheblich mehr ausgeben müssen, was sie ersparen müssen durch Minderanschaffung weniger notwendiger Dinge, wie Kleider, Wohnungsausstattungen usw. Ferner tragen dazu bei die politischen Wirren, die Marokkoaffäre, der italienisch-türkische Krieg, die Spannung in den Balkanstaaten; alles das wirkt nachteilig auf unsere Konjunktur. Wenn wir immerhin noch einen verhältnismäßig normalen Stand des Geldmarktes zu verzeichnen haben, so zeigt dies, daß der Handel und die Industrie allmählich gelernt haben, auch solchen politischen Komplikationen gegenüber kaltes Blut zu bewahren. Die Frage bleibt aber offen, wie der Arbeiterfamilie über den Notstand hinwegzuhelfen ist, und es wird hier nichts anders übrig bleiben als energische Maßnahmen, die Lebensmittelfuhr zu begünstigen und zu steigern.

Für unsere Agrarwirtschaft kommt hier in erster Linie in Frage die Beschaffung von Futtermitteln. Die Eisenbahnverwaltung hat durch Ermäßigung der Tarife bereits ihrerseits etwas getan, nur macht man leider die Erfahrung, daß vielfach diese Tarifermäßigung nicht den Konsumenten, sondern den Händlern zugute kommt, so daß der gewollte Zweck manchmal durchkreuzt wird. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind bestrebt, dem entgegenzuwirken, hoffentlich mit Erfolg. Weiterhin muß ins Auge gefaßt werden, wie die

Zufuhr an Vieh und Fleisch erleichtert werden kann.

Man kann hier vor allem auch billiges Entgegenkommen der agrarischen Preise verlangen. Es wäre sehr verfehlt, wenn von dieser Seite Schwierigkeiten gemacht würden. Niemand wird Maßnahmen verlangen, welche die Landwirtschaft erheblich schädigen, oder der Entwicklung der Vieh- und Fleischproduktion im Inlande hinderlich sein könnte. Aber ebenso zweifellos steht fest, daß infolge der Mißernte an Futtermitteln die Landwirtschaft nicht in der Lage sein wird, für die Dauer dieses Mangels den deutschen Markt genügend mit Fleischprodukten zu versorgen. Ein rechtzeitiges kluges Einlenken durch geeignete Maßnahmen, die Vieh- und Fleischzufuhr zu erleichtern, liegt im letzten Grunde im Interesse der Landwirtschaft selbst. Zu erwägen wird ferner sein, die zu hohen Bölle auf Futtermittel und auf Kolonialartikel, die als Ersatz für Gemüse zu dienen haben, vorübergehend zu suspendieren, selbstverständlich mit der Maßgabe, daß solche Zollererleichterungen auch wirklich den Konsumenten zugute kommen und nicht in der Tasche des Groß- und Kleinhandels verschwinden.

Endlich werden auch die Gemeindeverwaltungen nicht müßig sein dürfen. In verschiedenen Großstädten ist bereits der Anfang gemacht mit Fischmärkten, die durchweg ein durchaus günstiges Resultat zu verzeichnen haben. Die Förderung der Fischernährung wäre überhaupt wünschenswert, sie könnte, wenn sie einigermaßen Anklang im Volke findet, ein wirksames Mittel sein gegen die Fleischteuerung. Aber die Gemeinden sollen sich auch damit nicht begnügen. Auch der Bezug von Gemüsen, Hülsenfrüchten, Kartoffeln usw. sollte ins Auge gefaßt

werden. Eine ganze Reihe von Städte sind hier vor- gegangen und haben als Nebenwirkung erreicht, daß auch die Waren im Privathandel erheblich sanken. Das Ge- schick, welches darauf die Händler erheben, sollte diese Maßnahmen nicht beeinflussen.

Zum Schluß verweisen wir auf die in der vorigen Nummer zum Abdruck gebrachte Stellungnahme christ- licher Arbeiterführer zur Teuerung.

Wohin die Reise?

Zu dieser Frage wird der christliche Gewerkschafter angezogen, wenn er die Vorgänge innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufmerksam verfolgt und sich bemüht, Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Der Radikalismus, der sich über jede vernünftige gewerkschaftliche Regel mit Spott und Verachtung hinwegsetzt, der alle gewerkschaft- lichen Grundsätze über den Haufen stößt, kriecht im Lager der sozialdemokratischen Verbände gierig weiter. Was sind ihm mühsam errungene Tarifverträge, was alle unter unsäglichen Opfern durch jahrelanges Ringen eroberten gewerkschaftlichen Errungenschaften? Nur Fesseln, deren man sich zu entledigen versuchen muß, wenn sie für bestimmte Dinge hemmend wirken. Nur drauf! das ist der leitende Gedanke in weiten Kreisen der „frei“-organi- sierten Arbeiterchaft geworden, namentlich auch in Kreisen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Die „Führer“ dürfen es nicht mehr wagen, sich dieser wilden Strömung mit Ernst und Entschiedenheit entgegenzusetzen. Die zwei Millionen sozialdemokratisch organi- sierten Arbeiter sind zu einer Macht geworden, aber zu einer Macht, die unsere ganze gewerkschaftliche Position ernstlich gefährdet. Und um über die Forderung im eigenen Lager hinwegzutäuschen, um den verhetzten Massen „einen Brocken“ zu geben, werden diese auf die christlichen Gewerkschaften losgelassen.

Das „Zentralblatt“ lenkt in seiner vorletzten Nummer die Aufmerksamkeit darauf, daß im sozialdemokratischen Lager ein konzertierter Angriff auf die christlichen Ge- werkschaften vorbereitet werde. Die Sache solle nicht mit kleinen Notizen in der sozialdemokratischen Presse ausgeprochen werden, die ganze Reihe der sozialdemo- kratischen Gewerkschaftsorgane trete mit in die Front. Selbst diejenigen Gewerkschaftsorgane, die sonst auf ihr Renommee noch etwas zu geben schienen, fliegen mit in den Sumpf des gewerkschaftlichen Agitationsklatches herab. Das Zentralorgan der „freien“ Gewerkschaften gebe die Punkte an, von denen aus das agitatorische Bombardement erfolgen könne. Es würde auf der ganzen Linie zum Kampf geblasen. Aber dieser wilde Kampf könne den christlichen Gewerkschaften nicht schaden, im Gegenteil:

War die Sozialdemokratie je stärker als zu der Zeit, wo sie der härtesten Bekämpfung ausgesetzt war? Glaubt man etwa, daß der Kampf bei uns eine andere Wirkung haben würde? Man gehe einmal durch die Reihen unserer Mitglieder. Niemals war die Stimmung begeisteter, die Opferwilligkeit größer und die Anhänglich- keit den Führern gegenüber fühlbarer als gerade heute. Wir sehen denn auch dem Kampfe mit der feilen Zurechtweisung entgegen, daß er uns stärken und nicht schwächen wird.

Wir konstatieren eine Selbstverständlichkeit, wenn wir sagen, daß dieser Kampf in erster Linie auf politische Beweggründe zurückzuführen ist. Darüber bedarf es keines weiteren Wortes mehr, nachdem die General- kommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften eben erst eingeständenermaßen vor dem sozialdemokratischen Parteivorstand zu Kreuze gekrochen ist. Wir er- innern an die Vorgänge anlässlich des Berliner Buch- druckerkongresses. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Parteipresse hat gewerkschaftliche Errungenschaften (Tarif) unter den nachfolgenden Angriffen auf Gewerkschaftsführer in der unflätigsten Weise beschimpft. Die Gewerkschaften durften es nicht einmal riskieren, diese Beschimpfungen öffentlich von sich abzuschütteln — aus Rücksichtnahme auf die Parteinteressen, wie es geheißen hat. Es wandert uns nur, daß die Gewerkschaften nicht auch die Füße küßen, von denen sie niedergestiegen werden. Sklaven des politischen Interesses der Sozialdemokratie!

Aber politische Rücksichten sind es doch nicht allein, die die sozialdemokratischen Gewerkschaften immer mehr von der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit ab- und auf den Kampf hindrängen. Hierfür sind viel- mehr auch die fast unüberbrückbaren grundsätz- lichen Gegensätze verantwortlich zu machen, welche namentlich jeder Gewerkschaftsarbeit höherer Art im Wege stehen. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur die sozialdemokratischen Gewerkschaftsorgane daraufhin zu untersuchen, was sie für die Hebung des geistigen und kulturellen Niveaus der Arbeiter leisten. Das Resultat wird ein überaus dürftiges sein, in erster Linie bei dem Organe unserer Konföderationsorgani- sation. Und das ist ganz selbstverständlich. Eine Presse, die mehr und mehr dazu verurteilt wird, an die niedrigsten Instanzen ihrer Leiter zu appellieren, kann unmöglich dieselben Leiter zu gleicher Zeit zur Selb- stzucht anspornen. Auch hier wiederum haben, von anderem abgesehen, die Ereignisse im Berliner Buchdruck- gewerbe eine deutliche Sprache geführt. Sollte gar ein Gewerkschaftsblatt den Versuch wagen, direkt er- zieherische Arbeit im eigentlichen Sinne des Wortes zu leisten, wollte es beispielsweise einmal die Pflichten des Arbeiters im einzelnen oder kollektiven Arbeits- verhältnis besprechen — wir möchten den Hohn und Spott der sozialdemokratischen Parteipresse nicht sehen! Wie soll man unter diesen Umständen noch geistigen Schwung erwarten? Es bewahrt sich eben immer wieder das vor Jahren von Bergänger geprägte Wort:

Wir haben in der deutschen Arbeiterbewegung zurzeit leider die traurige Beobachtung zu machen, daß man es nicht

ständig verlernt hat, sich gegenseitig nur irgendwie er- und vertragen zu können. Es ist gar nicht möglich, irgend einen Punkt, der das allgemeine Interesse der Arbeiterschaft hervorruft, zu behandeln, man darf es gar nicht wagen, einen Punkt anzuschneiden, der das Lebensinteresse der Arbeiter betrifft, ohne daß man sofort in einer Weise herunter- gemacht wird, daß kein Hund ein Stück Brot mehr von dem Betroffenen nimmt.

Das „Zentralblatt“ kommt dann auf die Stellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften zur Tariffrage zu sprechen. Als letztes Ziel betrachten sie die Beseitigung der jetzigen Wirtschaftsordnung. Das Organ „Der Zimmerer“ habe namentlich noch geschrieben:

„Alle, Scherf, Kräfte, alle in tutti quanti zusammen sind uns nicht die Knochen eines einzigen Gewerkschaftlers wert.“

Es scheint, daß die früher so gepriesene Lehre von der kulturellen Bedeutung der Arbeiterbewegung bei den Sozialisten „bis auf weiteres“ in die Rumpel- kammer verwiesen werden mußte. Dann fährt der Artikelschreiber fort:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer können sich über die Folgen dieser Entwicklung unmöglich im unklaren sein. Aber es fehlt ihnen augenscheinlich die Kraft, sich gegen die Entwicklung anzustemmen. Wenn man ihr Verhalten beobachtet, möchte man, wir haben es bereits einmal gesagt, mitunter zu dem Schlusse kommen, es gelte für sie der Satz: Nach uns die Sündflut! Sehen sie denn beispielsweise nicht ein, daß sie mit der übertriebenen agitatorischen Ausbeutung der Teuerungsverhältnisse sich ins eigene Fleisch schneiden? Wir hatten ja bereits den Fall bei den Buchdruckern. Diesen hatte der „Korrespondent“ die Teuerung so vor- demonstriert, daß eine der größten Gruppen des Verbandes daraus den berechtigten Anlaß hernehmen zu können glaubte, eine entsprechende Teuerungszulage bei der Tarifierneuerung zu fordern. Wie wird es erst gehen bei denjenigen Gruppen, denen die gewerkschaftliche Dis- ziplin der Buchdrucker ganz und gar abgeht? Läßt man die Sache so weiter laufen, so werden wir im nächsten Jahre geradezu horrenden Forderungen bei den Lohnbewegungen aufgestellt sehen. Das dicke Ende kommt dann natürlich nach: die Enttäuschung der Leute und ihre Flucht aus den Gewerkschaften; zumindest aber das nicht gerade angenehme Auslösen der Suppe durch die Gewerkschaftsführer selbst. Wie will man so aufgeregten Leuten das Verständnis für die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung beibringen? Der „Grundstein“ hat im vorigen Jahre geschrieben: „Man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß sich das Tempo der Verbesserung unserer Löhne verlangsamt; denn es wäre lächerlich, anzunehmen, daß sich die Löhne fortwährend in dem gleichen Tempo erhöhen ließen. Es sind eben sehr reale Mächte, die dem entgegenstehen und die wir nicht im Handumdrehen überwinden können.“ Auf diese vernünftigen Ermahnungen ist das jetzige agitatorische Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften der vollendetste Hohn!“

Das „Zentralblatt“ meint, daß es Leute gebe, die an der Entwicklung der Dinge in diesem Sinne ein Inter- esse haben und verteidigt darauf, daß bei uns in Deutsch- land bereits der Boden wenigstens teilweise syndika- listisch verseucht sei. Die direkte Aktion sei sogar schon als Ergänzung und Verstärkung der parlamen- tarischen Tätigkeit empfohlen worden. Es wird erinnert an die Vorgänge im Bergbau, an die Aufsehung größerer Zahlstellen der Zentralverbände gegen die Stellungnahme ihrer Führer bei der sogenannten Massen- und Führerfrage und fortgefahren: Der Boden ist also so heiß, wie er nur sein kann. Und anstatt zu kämpfen, schleppen diese Leute gar noch Explosivstoffe von allen Seiten herbei. Man könnte lachen, wenn die Sache nicht so unglücklich traurig wäre!

Aber bei all diesem Wirren und Wüten Durcheinander werden es schließlich immer wieder die christlichen Gewerkschaften sein, über die man herfällt, um einen Ausweg aus dem Jammer und der Misere zu finden. Wir sehen die Entwicklung klar vor uns. Die viel- gepriesene Macht der sozialistischen Gewerkschaften scheidet uns nicht. Wir wissen zwar, daß sie auch weiter wachsen wird. Aber wir wissen auch, daß der äußere Apparat niemals imstande sein wird, den inneren Jammer zu verdecken. Im Gegenteil: mit der Masse wird auch deren Ungebildetheit wachsen. Die einsichtigsten Elemente werden sich zurückziehen. Man braucht kein Prophet zu sein, um das vorauszusagen. Es steht im deutschen Volk immer noch ein gut Stück Idealis- mus, auch unter den Arbeitern. Die Verhältnisse mögen diesen zeitweise etwas zurückdrängen, aber auszutreten vermögen sie ihn nicht. Und darauf setzen wir unsere Hoffnung!

Die Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes in Textilwaren.

II. Von Baumwollwaren nimmt die Ausfuhr von Spitzen, Strümpfen und Strumpfwaren noch einen bedeutenden Raum ein. Die an Spitzen betrug:

Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.
1880	157	4,7	1889	591	27,3	1896	589	17,7
1881	131	3,9	1890	629	27,4	1899	583	17,5
1882	182	5,7	1891	501	21,6	1900	694	20,8
1883	279	9,7	1892	512	22,6	1901	708	24,6
1884	376	13,2	1893	488	9,3	1902	864	30,2
1885	504	25,2	1894	615	11,7	1903	907	35,6
1886	815	40,6	1895	687	20,6	1904	1025	41,0
1887	1072	50,4	1896	463	5,6	1905	1201	54,1
1888	826	40,3	1897	580	13,9			

Der plötzliche Rückgang im Jahre 1896 ist auf eine Veränderung der statistischen Behandlung zurückzuführen. Immerhin ist der Abstand ein so eminent, daß wir wohl auch die ungünstige Konjunktur als bestimmenden Faktor einziehen müssen. Die Tabelle gibt ein anschauliches Bild — wenigstens von 1897 an — von der Entwicklung unserer Spitzenindustrie. Diese hat, nachdem sie auch wieder in den letzten Jahren einen teilweise schweren Existenzkampf führen mußte, wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen. Für die stetig vorwärtsschreitende Tendenz unserer Industrie ist die Tatsache beachtenswert, daß seit dem Jahre 1884 die Ausfuhrmenge die der Einfuhr endgültig überholt hat. Heute ist diese ver- hältnismäßig unbedeutend. Sie betrug im Jahre 1905 103 t im Werte von 4,6 Mill. M.

Eine im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts immer bedeutungsvollere Stellung für unsere exportierende Textilindustrie nimmt Amerika ein. Bis zum Jahre 1901 hat es nur ausnahmsweise 200 und mehr Tonnen Spitzen aus Deutschland eingeführt, seit dem genannten Jahre ist die Einfuhr aber rasch und stetig gewachsen; sie betrug:

Jahr	Menge t	Wert Mill. M.
1901	218	7,6
1902	275	9,6
1903	220	8,2
1904	319	12,7
1905	329	14,8

Es ist — wie wir auch bei anderen Waren hören werden — jedoch kaum zu leugnen, daß der Konkurrenz- kampf Deutschlands mit der heimischen Industrie Amerikas immer schwieriger wird.

Un erster Stelle hinsichtlich der Spitzeneinfuhr steht heute Großbritannien, das Amerika in dieser Rangstellung seit 1898 endgültig überflügelt hat. Die Einfuhr stellte sich im Jahre 1905 auf 492 t in einem Werte von 22,1 Mill. M., übertrifft also die Amerikas um nahezu 8 Mill. M.

Einen raschen und bedeutenden Aufschwung hat die Stickereiindustrie genommen. Die Ausfuhr betrug:

Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.
1896	280	8,4	1901	556	19,5
1897	422	10,1	1902	719	25,2
1898	404	12,1	1903	979	34,7
1899	514	18	1904	1310	55
1900	672	24,2	1905	1419	63,8

In einem Zeitraum von 10 Jahren hat sich die Aus- fuhr mehr als um das 7fache vermehrt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind auch bei diesem Ausfuhrartikel von überragender Bedeutung; im Jahre 1904 haben sie Großbritannien überflügelt, das bis dahin die erste Stelle eingenommen hat. Die Einfuhr Amerikas betrug 1905 603 t im Werte von 27,1 Mill. M. Wie rasch sich unsere Industrie diesen Markt erobert hat, beweist die Tatsache, daß noch 1899 die Ausfuhr dorthin nur 77 t im Werte von 2,7 Mill. M. betragen hat. Die Einfuhr Großbritanniens, das nun- mehr den zweiten Platz einnimmt, stellte sich 1905 auf 505 t im Werte von 22,7 Mill. M.

Unsere Kolonien haben naturgemäß für die beiden genannten Waren — Spitzen und Stickereien — keinen aufnahmefähigen Markt. Die Abhängigkeit unserer In- dustrie vom Ausland tritt gerade in den genannten Artikeln scharf hervor (die Einfuhr ist ganz unbedeutend, sie beträgt kaum 1/10 der Ausfuhr). Was wir beim Spitzenmarkt von Amerika gefagt haben, gilt auch hier. Die Vereinigten Staaten nähern sich immer mehr dem Punkt, wo sie in der Lage sind, den heimischen Bedarf selbst zu befriedigen. Damit wird die Eroberung eines aufnahmefähigen Gebietes für diesen Zweig der Textil- industrie bald eine Lebensfrage.

Wohl den größten Ausfuhrwert an Baumwollwaren repräsentieren die Strumpfwaren. Die Ausfuhr betrug:

Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.
1880	5 168	36,2	1889	7 523	58,3	1898	9 488	52,2
1881	5 426	48,8	1890	8 267	57,9	1899	9 877	61,9
1882	5 980	59,3	1891	6 596	42,9	1900	10 592	71,1
1883	6 292	59,8	1892	8 637	51,8	1901	9 372	59,6
1884	6 836	61,5	1893	8 800	48,4	1902	10 509	72,9
1885	7 035	59,8	1894	9 144	47,5	1903	10 931	82,0
1886	8 299	70,5	1895	11 318	67,9	1904	11 435	88,4
1887	8 971	71,8	1896	9 747	58,5	1905	13 034	99,0
1888	8 650	67,0	1897	9 745	53,6			

Die Ausfuhr scheint im Jahre 1905 ihren Höhepunkt erreicht zu haben, die Jahre 1906, 1907 und 1908 weisen einen beträchtlichen Rückgang auf. Während noch 1907 die Ausfuhr 8463 t betrug im Werte von 88,8 Mill. M., so im Jahre 1908 nur noch 7483 t im Werte von nur 67,3 Mill. M.

Die erste Stelle in der Einfuhr nahmen wiederum die Vereinigten Staaten von Nordamerika ein. Unsere Strumpfindustriellen klagen fortwährend über die sich stetig verringernde Ausfuhr nach dem genannten Lande. Um uns die im ganzen rückläufige Bewegung, welche die Einfuhr von Strumpfwaren nach Amerika gewonnen hat, klar zu machen, seien folgende Zahlen angeführt. Es betrug die Einfuhr nach Amerika:

Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.
1880	2837	19,9	1889	4101	31,8	1898	3398	18,7
1881	2314	20,8	1890	5002	35,0	1899	3289	20,7
1882	2462	24,6	1891	3176	20,6	1900	3862	25,2
1883	2655	25,2	1892	4459	26,8	1901	2641	16,4
1884	1843	17,5	1893	4224	23,2	1902	3116	22,1
1885	2125	18,1	1894	4302	22,4	1903	3455	26,4
1886	3082	26,2	1895	5928	35,6	1904	3570	25,5
1887	3195	25,6	1896	3956	23,7	1905	3720	27,3
1888	2566	19,9	1897	4213	23,2			

Den Höhepunkt in der Ausfuhr bilden unstreitig die ersten 5 der 90er Jahre. In den Jahren 1907 und 1908 hat allerdings die Einfuhr wieder zugenommen, sie betrug 1907 4228 t im Werte von 44,3 Mill. M., 1908 3387 t im Werte von 30,4 Mill. M. Den Klagen unserer Industriellen nach zu schließen, dürfte aber die diesjährige Einfuhr weit hinter den Vorjahren zurückgeblieben sein.

Un zweiter Stelle steht Großbritannien; 1905 führte es noch 3107 t im Werte von 27,4 Mill. M. ein; größere Mengen von Strumpfwaren gehen nach Britisch-Indien (4,1 Mill. M.), Niederlande (3,3 Mill. M.), Australien (2,4 Mill. M.), Türkei (3,5 Mill. M.) usw.

Es bleiben uns von Baumwollwaren noch die undichten Gewebe übrig, die gebleicht, gefärbt oder bedruckt sind. Die Ausfuhr betrug:

Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.	Jahr	Menge t	Wert Mill. M.
1880	298	4,5	1889	573	2,9	1898	795	5,2
1881	298	4,5	1890	594	3,0	1899	939	6,3
1882	351	5,6	1891	576	2,8	1900	1027	8,1
1883	336	5	1892	613	2,9	1901	1097	8,7
1884	374	5,6	1893	642	3,1	1902	1230	9,8
1885	442	2,2	1894	644	3,2	1903	1333	11,3
1886	381	1,9	1895	758	4,1	1904	1783	15,2
1887	507	2,5	1896	766	4,6	1905	1717	14,6
1888	492	2,5	1897	873	5,2			

Wie die Tabelle zeigt, ist die beträchtliche Ausfuhr rasch gewachsen. Die Einfuhr beträgt nicht ganz $\frac{1}{5}$ der Ausfuhr. Als Hauptzufuhrländer kommen Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Britisch-Indien und Argentinien in Betracht.

Die bis jetzt zusammengestellten Tabellen haben unzweifelhaft eine weitgehende Abhängigkeit der Textilindustrie vom Ausland ergeben.

Moderne Wohnungshygiene.

Der Internationale Kongress für Wohnungs- und Gesundheitshygiene, der zu Beginn des Monats in Dresden tagte, beschäftigte sich in seinen Sektionsitzungen mit einer Reihe von Fragen allgemeinsten Interesses, von denen wir folgende herausgreifen:

Prof. Diestel (Dresden) sprach über „Bauordnung und Wohnungs- und Gesundheitshygiene“. Er verlangt, daß das Wesen der Baugesetzgebung, vorausbestimmend zu wirken, zur sorgfältigen Verfolgung sozialpolitischer Bestrebungen auf dem Gebiet des Wohnungswesens zwingt. Auf ihm tritt heute die Gartenstadtbewegung stark hervor, die jedoch in ihren letzten Konsequenzen als Utopie anzusehen ist. Aber sie fordert viel Material zutage, das von unserer Baugesetzgebung als Basis wohnungshygienischer Maßnahmen verwendet werden kann. Im Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen verfolgen jedoch die gegenwärtigen baugesetzlichen Maßnahmen eine einseitige Fürsorge für den Arbeiterstand; sie betonen wesentlich den Kampf gegen die Tuberkulose dabei. Aber die Tuberkuloseinfektion der Industriearbeiter tritt zurück hinter die Ziffern der Sterblichkeit an dieser Seuche unter den Beamten und den freien und künstlerischen Berufen. Es ist daher notwendig, bei den sozialpolitischen Bestrebungen auch diese Gruppe zu berücksichtigen. Für den Kopparbeiter besteht neben der Tuberkulosegefahr noch eine andere: die hohe Sterblichkeit an Nervenkrankheiten in Lebensjahren, in denen Studien, Erfahrungen und schöpferische Fähigkeiten in leitende Tätigkeit umgesetzt werden. Diese Sterblichkeit und die mit den Nervenkrankheiten verbundenen Gefahren für Politik, Presse, Schule usw. fordern Abwehr. Diese soll sich jedoch nicht nur auf die Beschäftigung dieser Gruppe erstrecken, sondern auch auf die unzureichende Behandlung und ihre Nebenwirkungen. Nach dem Redner wohnen 90 Prozent der Kopparbeiter unter ihrem Stande, und in Verhältnissen, die kein Gegengewicht gegen die Belastung mit verantwortlicher Geistesarbeit bilden. Es ist nicht schwer, diese Fürsorge auch in die neueren Aufgaben von Baugesetz und Städtebau einzureihen. Sie verlangt aber in erster Linie die Erkenntnis, daß die heutige Wohnheime nicht das Haus, sondern die Wohnung ist.

Ueber „Die Bedeutung von Wohnungsordnungen und Wohnungsaufsicht für die Wohnungsverhältnisse“ sprach Prof. Dr. Wohle (Frankfurt a. M.). Er wies einleitend darauf hin, daß der immer häufigere Ersatz von Wohnungsordnungen darauf zurückzuführen sei, daß man erkannt habe, wie wenig eine Bauordnung allein die Entstehung gesundheits-schädlicher Wohnungen verhindern könne. Prof. Wohle betont, daß die Wohnungsordnung erst Bedeutung und Wirksamkeit erhält durch gleichzeitige Einföhrung der Wohnungsinspektion. Die Anlegung eines Katasters nach Dresdener Muster ist zweckmäßig, in der die einzelnen untersuchten Wohnungen nach Größe, Raum und Ausnutzung einzuzeichnen sind. Polizeiliche Zwangsmittel wünscht Wohle nur in äußersten Fällen. Er glaubt, daß die Wohnungsaufsicht mehr durch erzieherische Einwirkung erreicht. Da die Durchführung wohnungspolizeilicher Maßnahmen eine stärkere Nachfrage nach Wohnungen zur Folge hat, so sind sie mit Vorsicht anzuwenden, damit nicht die Wohnpreise an einem Ort stark ansteigen und nicht ein empfindlicher Wohnungsmangel entsteht. Die Wohnungsordnungen sollen daher mit ihren Anforderungen nicht über ein bescheidenes Maß, das etwa dem hygienisch notwendigen Minimum entspricht, hinausgehen. Auch bei Durchführung dieser Forderung ist langsam zu verfahren. Eine umfassende allgemeine Besserung der Wohnverhältnisse darf man von der Wohnungspolizei nicht erwarten.

Ueber die Frage: „Befriedigen die heutigen Formen der Kleinwohnungen die Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie?“ sprach Ingenieur Hiller (Frankfurt a. M.). Er verneint diese Frage und verlangt, daß der Entwurf des preussischen Wohnungsgesetzes endlich zum Gesetz wird. Nach seiner Ueberzeugung ist das Kleinhaus oder Einfamilienhaus sozial, gesundheitlich und sittlich die beste Wohnungsform für den Arbeiter. Dabei ist jedoch folgendes zu berücksichtigen: Die individuellen Bedürfnisse der Arbeiterfamilien entscheiden sich für die einzelnen Familien wesentlich nach dem Einkommen des Mannes, dem Mithilfenden der Kinder, nach Zahl, Alter und Geschlecht der Kinder und ob Tag- und Nachtschicht bei der Arbeit des Vaters wechselt. Die heutigen Bauausführungen von Arbeiterwohnhäusern nehmen auf diese Verhältnisse nicht genügend Rücksicht. Die Form des Hauses muß durchaus durch die Bedürfnisse und den Zweck bestimmt und muß von innen nach außen gebaut werden. Die Anlage von Stallungen in unmittelbarer Nähe des Hauses ist zu vermeiden. Wie die Schrebergärten, so sollen derartige Anlagen nach besonderen Parzellen außerhalb der Wohnbezirke verweisen werden.

Von einer gänzlich neuen Seite faßt Dr. med. Sarason (Berlin) das Wohnungsproblem an. Er empfiehlt im Interesse der Volksgesundheit in seinem Vortrage „Ein Kernpunkt des Wohnungsproblems“ die Modifizierung der bisherigen Hausformen durch eine systematische Anwendung eines neuen Bauelements, nämlich des „Terrassenbalkons“. Da die Wohnräume der Unbemittelten auch bei ursprünglich bester Anlage meist überfüllt werden und bald in einen verwohnten, durchaus unhygienischen Zustand geraten, erblickt Dr. Sarason die einzig sichere Abhilfe in der Schaffung eines innerhalb der Wohnung selbst andauernd wirksamen Keimmittels für ausgiebigen Luftgenuß unter freiem Himmel. Er will das schaffen durch sein Bauelement der „Freilicht-häuser“. Dieses besteht darin, daß jedes Stockwerk hinter das unter ihm befindliche um einen Meter zurückzusetzen und die so entstandene Terrasse durch eine sich ihr anschließende Ausladung eines Balkons auf zwei Meter zu verbreitern ist. Er will damit die Gelegenheit zum andauernden Lichtgenuß den Leuten gewissermaßen vor die Nase setzen. Dr. Sarason sagt: Abgesehen von vielen anderen, wäre schon allein die Möglichkeit, Kranke auch in ihren Betten ohne Mühe ins Freie und jeder Zeit ins Zimmer zurückbringen zu können, gerade für kleine Leute mit beschränkter und durch die Verhältnisse so sehr erschwerter Heilungsbedingungen, von einer ungemein fruchtbringenden Bedeutung.

Gegen geräuschvolle Wohnungen wandten sich, wenn auch heilföhrig, eine ganze Anzahl Redner in ihren Vorträgen ausführlich behandelte diesen Gegenstand ein bekannter Dresdener Nervenarzt, Dr. Haenel. Unter dem Titel: „Die Wohnung und der Lärm“ besprach er die notwendigen bautechnischen Vorkehrungen gegen diesen. Er betonte, daß für die Hygiene der Nerven und besonders der geistigen Arbeit der Schutz vor Geräuschen eine dringende Forderung ist. Bei Anlage und Bau von Wohnungen soll man Rücksicht nehmen auf die verschiedenen Arten des Lärms, und Bauweise, Anlage und Material der Häuser dementsprechend wählen.

Das neue Jahrbuch.

Eine Inhaltsübersicht.

Das „Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912“ gibt sich äußerlich in einer recht gefälligen, geschmackvollen Form. Es ist wie bei den früheren wieder Taschenformat gewählt worden. Sein Inhalt ist aber diesmal ganz besonders gebiegen und lehrreich.

Nach dem üblichen bürgerlichen Kalender, mit Angaben über Namens- und Festtage für beide Konfessionen, bringt das Büchlein einen gewerkschaftlichen Gesichtskalen der in überföhrlicher Reihenfolge die wichtigsten Vorkommnisse in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bis zum September des Jahres 1911 festhält. Die Zusammenstellung ist eine vorzügliche Orientierungstafel über unsere Bewegung. — Der eigentliche Artikel-Inhalt beginnt mit einer Behandlung der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910, ihre Mitgliederzahlen, Ein- und Ausgaben, spezialisiert nach den einzelnen Ausgabeposten, Lohnbewegungen, Streiks, Ausperrungen, Erfolge usw. Man hat hier das wichtigste Zahlenmaterial zusammen, was namentlich für den Kollegen wertvoll ist, der in irgendwelcher Lage über diese Dinge Aufklärung geben oder gar reden muß. — Die „Hausagitation“ behandelt der zweite Artikel. Eine Fülle von Anregungen für die praktische Agitationsarbeit wird darin gegeben. Wir dürfen wohl von unserem Verbandsföhrer sagen, daß er die Hausagitations-Technik ziemlich gut ausgebaut hat, aber aus diesem Artikel werden auch alle unsere tätigen Mitglieder noch vieles lernen können.

Ein wichtiger Artikel ist der über den „Weiterbau unserer Unterrichtskurse“. Es ist eine Tatsache, daß die Unterrichtskurse, die uns in der Bewegung unschätzbare Dienste geleistet haben, in der alten Form ihre alte Zugkraft nicht mehr besitzen. Das Unterrichtswesen in unserer Bewegung bedarf einer Verbesserung und eines weiteren Ausbaues. Der Artikel gibt hierfür eine Menge praktischer Winke. — Da heute die gewerkschaftliche Jugendorganisation alle Kreise unserer Bewegung eingehend beschäftigt, ist auch dem Kapitel „Christliche Gewerkschaften und Jugendfrage“ eine besondere Abhandlung gewidmet. Wir brauchen über die Wichtigkeit dieser Frage namentlich für unseren Verband keine Worte mehr zu verlieren. Gerade für die christliche Textilarbeiterbewegung ist die „Jugendfrage“ eine Lebensfrage. Der Artikel zeigt an Hand von

Zahlen, worum es sich bei der Jugendagitation eigentlich handelt und fragt dann, wo die Jugendlichen in der Arbeiterbewegung denn stehen, legt dar, warum wir in dieser Frage mit den konfessionellen Jugendvereinen zusammengehen müssen und wie wir gewerkschaftlichen Geist in den Jugendvereinen verbreiten. Wenn auch in der ganzen Jugendarbeit die konfessionellen Vereine eine zentrale Stellung einnehmen, so fällt die Entscheidung schließlich doch auf der Arbeitsstätte. Darum muß sich jedes Mitglied zum Mittelpunkt röhrender Mitarbeit machen. Der Artikel zeigt, wie das geschehen kann.

Der Aufsatz über unser „Schieds- und Einigungs-wesen“ ist nicht bloß für die tarifierten Gewerbe von Belang, nein, auch für die Verbände der Groöindustrie, die im allgemeinen einem Unternehmerstande gegenüberstehen, der durch die rückföhrtslose Anwendung seiner organisierten Macht die Gewerkschaften zu zertrümmern sucht, wodurch viele ideale und materielle Werte verloren gehen. Andererseits verlangen von uns die im sozialdemokratischen Lager immer offener zum Vorschein kommenden radikalen Richtungen eine besondere Beachtung gerade der Frage des Schieds- und Einigungswesens. — Außerordentlich gedankenreich und flott geschrieben ist der Artikel über die „Arbeiterbewegung als Kulturfaktor“. Er rückt die großen idealen Momente unserer Bewegung in den Vordergrund, zeigt, daß es das Schweiöf der Edlen wert ist, für die Ausbreitung und Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein. Der Artikel ist so recht geeignet, uns allen unseren großen Beruf als christliche Gewerkschaftler zum Bewußtsein zu bringen, uns über die kleinlichen materiellen Dinge hinauszuhoben und alle aktiv tätigen Mitglieder neue Liebe, von neuem selbstlose Hingabe für unsere Bewegung einzuföhren.

Die Fragen der Wirtschaftspolitik stehen zur Zeit in dem Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Uns tut eine volkswirtschaftliche Vertiefung not, weil sie für die Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Seiten der staatsbürgerlichen Schulung überhaupt ist. Der Artikel des neuen Jahrbuches über die „Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft“ sucht diesem Bedürfnis entgegenzukommen. Er zeigt den Wert und die Vielgestaltigkeit des deutschen Handels, die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt, nicht bloß in dem Bezuge zahlreicher Lebensmittel, vieler Rohstoffe für die Industrie, z. B. für die Textilindustrie, sondern auch in dem Abhänge unserer Waren. Daraus ergeben sich dann ganz bedeutende Folgerungen für unsere ganze deutsche Wirtschaftspolitik, die das Arbeiterleben und schließlich auch die Gewerkschaftsbewegung beeinflussen. Zum Schluß kann der Artikel die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß Deutschlands Handel und Industrie trotz oder gerade wegen der vielgeschmähten und vielverhögten Schutzpolitik sich einen hervorragenden Platz auf dem Weltmarkt erobert hat.

Die Reichsversicherungsordnung bringt eine ganze Menge Neuerungen auf dem Gebiete unseres sozialen Versicherungswesens. Nicht bloß imbezug der Leistungen der einzelnen Versicherungsarten, namentlich auch hinsichtlich ihres organisatorischen Aufbaues, des Instanzweges, des Wahlverfahrens usw. Wollen wir nicht von den Gegnern von den bereits eroberten Positionen in den einzelnen Versicherungsträgern und -Instanzen heruntergestürzt werden, so vielmehr noch verstärken, dann müssen alle verantwortlichen Mitglieder eine genaue Kenntnis dieser Dinge besitzen. Das Jahrbuch trägt diesem Umstande Rechnung durch einen instruktiven und gut disponierten Artikel über „Wahlkörper, Wahlsystem und das Verfahren in der Reichsversicherungsordnung“. Der Artikel ist die beste Orientierung in diesen Dingen, die uns bislang zu Gesicht gekommen ist. Für unsere Vertreter in den einzelnen Versicherungszweigen, aber auch für alle Mitglieder, die bei sozialen Wahlen irgendwie eine verantwortliche und föhrende Stellung auszuföllen haben, sollte allein schon dieses Artikels wegen das „Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912“ ein unentbehrlicher Ratgeber sein.

Schließlich macht das Jahrbuch noch mit dem Leser einen Rundgang durch die „Reichs-Sozialgesetzgebung des Jahres 1910/11“, gibt einen Ueberblick über die „Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung“, der „Volkzählungsergebnisse“ und über die „Gewerbeaufsicht in Europa“. Die kurze „Verdeutschung“ viel gebräuchlicher Fremdwörter wird manchem Leser willkommen sein. Auöher mehreren kurzen Berichten, Notizen, Sprüchen und „Lebensregeln“ bringt das Jahrbuch dann noch einige Rubriken zum Eintragen der Einnahmen und Ausgaben in der Arbeiterfamilie. So bietet es im kleinen Rahmen auch noch ein Haushaltsbuch.

Alles in allem, das Jahrbuch bringt eine Fülle belehrenden Stoffes. Es sollte bei keinem Mitgliede fehlen. Der billige Preis — 50 Pf. — ermöglicht jedem die Anschaffung. Im Buchhandel kostet es 1.— M. Wir erwarten von unsern Beamten, Vorständen und Vertrauensleuten, daß sie den Vertrieb des Jahrbuchs sofort aufnehmen.

Es ist ein hoher, feierlicher, fast schauerlicher Gedanke für jeden einzelnen Menschen, daß sein irdischer Einfluß, der einen Anfang gehabt hat, niemals, und wäre er der Allgeringste unter uns, durch alle Jahrhunderte hindurch ein Ende haben wird. Was geschehen ist, ist geschehen, hat sich schon mit dem grenzenlosen, ewig lebenden, ewig tätigen Universum verschmolzen und wirkt hier zum Guten oder zum Schlimmen öffentlich oder heimlich durch alle Zeiten hindurch.
Thomas Carlyle.

Aus der Arbeiterbewegung.

Ausschussfassung des Gesamtverbandes. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hielt seine diesjährige Herbsttagung am 4. und 5. Oktober in Düsseldorf ab. Wie bei früheren Tagungen waren auch diesmal die Redakteure der christlichen Gewerkschaftspressen zugezogen. Im Geschäftsbericht des Vorstandes wurde darauf hingewiesen, daß die günstige Entwicklung der christlichen Berufsverbände seit der Frühjahrstagung weiter angehalten hat. Daran habe auch der verstärkte Ansturm der Gegner nichts ändern können. Die Erwartungen der Sozialdemokratie, mit ihrer Hege bezüglich der Reichsversicherungsordnung den christlichen Gewerkschaften Abbruch zu tun, hätten sich nicht erfüllt. Die Erkenntnis über das arbeiterschädigende Verhalten der Sozialdemokratie bei diesem Gesetz wie bei der Arbeiterversicherung überhaupt sei in weitere Arbeiterkreise vorgebracht. Mit der R.-V.-D. könne die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen kaum besondere Geschäfte machen. — Zwischen den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sei auf Anregung von dritter Seite eine Annäherung zustande gekommen. Das erstrebte Ziel einer gegenseitigen Verständigung werde jedoch erschwert durch ein solch zwiespältiges Verhalten, wie es der Hirsch-Dundersche Gewerkschaften der Bergarbeiter mit seinen wenigen Mitgliedern gegenüber dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter seit längerer Zeit an den Tag lege. Hier müsse von der Hirsch-Dunderschen Zentralleitung nach dem Rechte gesehen werden. — Nähere Besprechung fanden im Geschäftsbericht und in der Diskussion die Kämpfe in der niederrheinischen und westfälischen Tabakindustrie. Wie bei der ersten so wird auch bei der noch schwebenden Bewegung in Westfalen den kämpfenden Tabakarbeitern die nachdrücklichste Unterstützung der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung zuteil werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde die Situation angesichts der bevorstehenden politischen Wahlen näher erörtert. Entsprechend dem parteipolitisch neutralen Charakter unserer Bewegung müßten alle Funktionäre unserer Bewegung streng darauf achten, jede Parteipolitik aus den christlichen Gewerkschaften fernzuhalten. Außerhalb unserer Berufsorganisationen könne sich jedes Mitglied nach Neigung politisch betätigen; ein tüchtiger Gewerkschaftler werde sich aber auch hier fragen: Wie kann ich unserer Gewerkschaftsbewegung nutzen? und danach sein Verhalten einrichten. Es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß durch die politischen Kämpfe unserer Bewegung neue Schwierigkeiten erwachsen und sie in ihrer Entwicklung gehemmt werde. Diesbezügliche nähere Direktiven sollen noch gegeben werden.

Ein Referat von Verbandsdirektor Schlaß-Mühlheim (Aachen) über Gewerkschaften und Konsumvereine gab Veranlassung zu einer grundsätzlichen Erörterung über die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu den Konsumvereinen. Beide Zweige der wirtschaftlichen Selbsthilfe seien vollständig unabhängig von einander, sollten sich aber nach Möglichkeit unterstützen. Natürlich nur insoweit vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften, als wirklich neutrale Konsumvereine

inbetracht kommen, die zum größten Teil im Verband westdeutscher Konsumvereine zusammengeschlossen sind. Eingehend befaßte sich die Ausschussfassung mit der gegenwärtigen Lebensmittellage. Daß Gegenmaßnahmen getroffen werden müßten, sei klar. Es wurden eine Anzahl Aufgaben besprochen, die dem Reich, den Einzelstaaten und ihren Eisenbahnverwaltungen sowie den Gemeinden obliegen, und wodurch der ärmeren Bevölkerungsschichten die Beschaffung von Massennahrungsmitteln erleichtert werden kann. Die demagogische Ausschlagung der Teuerung durch die Sozialdemokratie, die ihre Parteiappete an der Not des Volkes kochen wolle, wurde aufs schärfste gebrandmarkt und einstimmig verurteilt. Das übertriebene „Hunger“-Geschrei in der sozialdemokratischen Agitation habe die Börsenspekulanten und Zwischenhändler zu weiteren, gänzlich ungegerechtfertigten Preissteigerungen geradezu animiert. Das sei das praktische Ergebnis der sozialdemokratischen Hege, von positiven Leistungen keine Spur. — Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde von der Ausschussfassung beauftragt, die Angelegenheit der Teuerung weiter zu verfolgen und — wenn zweckdienlich, im Verein mit anderen Korporationen — alle weiteren Schritte zu unternehmen, die eine Besserung herbeizuführen geeignet wären. Ein Vortrag des Kollegen Abg. Becker über das Verfahren in der Reichsversicherungsordnung mit anschließender Diskussion beschloß die arbeitsreiche, einmütig verlaufene Tagung.

Christliche Gewerkschaften und Reichstagswahl. Schon versucht man die christlichen Gewerkschaften in den Wahlkampf hineinzuziehen in einer Art, die entschieden Zurückweisung verdient. So wird der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter beschuldigt, in Saarbrücken die Zentrumskandidatur des Landtagsabgeordneten Kollegen Saueremann, Mitglied des Gewerkschafts, gefördert und direkt veranlaßt und dadurch die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften in der größtmöglichen Weise verletzt zu haben. Er habe Saueremann stets zur Agitation in das Saarrevier geschickt, seine Landtagsreden dort in Flugblättern verbreitet usw. Dadurch habe der Gewerkschaften der Kandidatur Saueremanns mit vollem Bedacht systematisch vorgearbeitet.

Der „Bergknappe“, das Organ des Gewerkschafts, wendet sich ganz entschieden gegen diese Unterstellung. Wohl sei Saueremann erst durch den Gewerkschaften im Saarrevier bekannt geworden, wohl habe er dessen Reden verbreitet, aber der Gewerkschaften habe sich dabei einzig und allein von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten, von Beweggründen, die im Interesse des Gewerkschafts selber lägen, leiten lassen. Um aber auch den Schein zu beseitigen, als habe der Gewerkschaften die Kandidatur Saueremanns gewollt und absichtlich gefördert, erklärt der „Bergknappe“: „Es haben mehrere der ersten Führer unserer Bewegung sich entschieden gegen die Aufstellung Saueremanns im Saarbrücker Wahlkreis erklärt. Verschiedenen Führern der Zentrumsgruppe in Wahlkreise Saarbrücken gegenüber ist der Wunsch ausgesprochen worden, man möge Saueremann nicht aufstellen, damit die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht in den Verdacht gerate, parteipolitisch nicht neutral zu sein und dadurch geschädigt werde. Ebenso ist auch Saueremann dringend gebeten worden, eine Kandidatur für Saarbrücken nicht anzunehmen. Sollte man trotzdem Saueremann als

Kandidaten für Saarbrücken aufstellen, so würden wir das aus gewerkschaftlichen Gründen sehr bedauern. Noch mehr aber müßten wir bedauern, wenn das Mitglied des Gewerkschafts, Abg. Saueremann, sich zu einer Kandidatur hergäbe, die die christliche Gewerkschaftsbewegung in einen falschen Verdacht bringen und voraussichtlich sehr schädigen würde.“

Auch das „Zentralblatt“ verurteilt es, daß sich Kollege Saueremann in Saarbrücken als Reichstagskandidat aufstellen ließ, ohne sich vorher mit den führenden Personen der Bewegung, die politisch auf seinem Standpunkte stehen, ins Einvernehmen gesetzt zu haben. In dem Vorgehen Saueremanns läge eine große Schädigung der christlichen Gewerkschaftsinteressen. „Der Wahlkreis Saarbrücken hat eine außerordentlich bewegte politische Vergangenheit, wird von zwei bürgerlichen Parteien sehr heiß umstritten, die politischen Verhältnisse sind die denkbar kompliziertesten. Die an der Saar verhältnismäßig junge christliche Gewerkschaftsbewegung hat in beiden bürgerlichen Parteien zahlreiche Anhänger, sodaß wir es für selbstverständlich hielten, daß kein führender Kollege aus unserer Bewegung — und als solcher wird Saueremann, wenn er auch kein Gewerkschaftsbeamter ist, in der Öffentlichkeit betrachtet — sich als Punkt in das politische Pulverfaß an der Saar würde werfen lassen. Die christlichen Gewerkschaften sind eine zentralisierte Bewegung. Die Vertrauensleute und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften können mit Recht verlangen, daß ihre durch die Bewegung bekannt gewordenen Kollegen sich nicht von den bürgerlichen Parteien in heftig umstrittenen Bezirken politisch derart stark engagieren lassen und die Gefahr herausbesprechen, daß hier in einem Bezirk für unsere Bewegung mehr kaput geschlagen wird, wie an anderen Stellen durch jahrelange mühsame Arbeit aufgebaut werden konnte.“

Wir werden die Weiterentwicklung der Dinge an der Saar genau verfolgen und wenn erforderlich — ohne uns in die politischen Kämpfe selbst einzulassen — im Interesse unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung das sagen, wozu wir verpflichtet sind.“

Wir haben aus zwei Gründen von dieser Sache Notiz genommen. Einmal, weil die „Sache Saueremann“ ganz allgemein den christlichen Gewerkschaften als eine arge Verletzung ihrer parteipolitischen Neutralität zugegeben wird und man heute schon, wie uns aus Kollegenkreisen mitgeteilt worden ist, damit von seiten liberaler Parteimänner auch in solchen Bezirken gegen unsere Bewegung Krebsen geht, in denen unser christlicher Textilarbeiterverband sowie gegen eine Unmenge von Vorurteilen anzukämpfen hat. So dient diese Notiz unseren Kollegen dort zur Information.

Zweitens haben wir die Angelegenheit gebracht, um durch sie alle unsere führenden Kollegen zur größten Vorsicht mahnen zu lassen. Selbstverständlich hat der Verband über die parteipolitische Bestimmung und Arbeit seiner Mitglieder nicht zu bestimmen, das will er auch gar nicht, aber wenn durch ein allzu starkes parteipolitische Engagement seiner führenden Kollegen die Interessen des Verbandes Schaden leiden müssen, dann hat er doch ein Wortlein mitzureden. Bei aller politischen Tätigkeit müssen sich unsere Kollegen stets fragen: Wie steht sich mein Verband dabei? In besonderen Fällen mögen sich die betreffenden Kollegen mit der Verbandsleitung ins Einvernehmen setzen. Das ist im Interesse des Verbandes geboten.

Die bekannte Gannertaktik. Durch die sozialdemokratische Parteipresse ging in der vorigen Woche unter dem Stichwort „Hungrende Textilarbeiter“ ein gleichlautender Artikel, der allem Anschein nach aus dem

Der deutsche Teppich.

Von der Deutschen zur Ausstellung deutscher Teppiche im Hause der Abgeordneten.

Mit gütiger Erlaubnis des Präsidiums der Ausstellung.

II.

Unsere größeren deutschen Teppichfabriken haben heute ihre eigenen, mit allen Mitteln der Kunst eingerichteten Fabriken, und die Fabrikanten wetteifern untereinander, um auch in bezug auf Schönheit der Farben jederzeit das Beste zu leisten und die vermeintliche Schönheit der minderwertigen Orientteppiche in den Schatten zu stellen.

Gleichzeitig mit den Fortschritten in der Färberei hat man es verstanden, geeignete Wollen ausfindig zu machen. Durch sorgfältige Mischung von Wollen verschiedener Eigenschaften und Herkunft, unterstützt von den geradezu unerreicht dastehenden Erzeugnissen der deutschen Spinnmaschinen, hat man sich diejenige Teppich-Wollgattung gesichert, welche die größte Dauerhaftigkeit der deutschen Teppiche gewährleistet. Und so ist es der deutschen Industrie auch gelungen, durch ausgefeilte Energie, Hand in Hand gehend mit den Fortschritten auf den Gebieten der Chemie und der Technik, Teppiche zu erzeugen, die in bezug auf künstlerische Ausföhrung, Farbenpracht, Farbenreue und Qualität den besten orientalischen Teppichen ebenbürtig, einem großen Teil der orientalischen Teppichergewinnung aber in jeder Beziehung überlegen sind.

Wie die Ausstellung zeigt, ist die deutsche Teppichindustrie so vielseitig, daß jedem, auch dem vornehmtesten Geschmack nach jeder Hinsicht Rechnung getragen werden kann. Ungeachtet der Fortschritte in der Färberei, Größe und Zahl bietet das deutsche Fabrikat bei Ausnutzung der Gelegenheit und Mittel zur freien Entfaltung des persönlichen Geschmacks, dem Künstler eine willkommene Stütze bei Einrichtung seiner Räume.

Diejenige deutsche Herstellungsweise von Teppichen, welche mit der orientalischen identisch ist, ist die Knüppelwebeart. Hier, wie bei den Orientalen, sind es in der Hauptsache geschickte Mädchen- oder Frauenhände, welche Kette und Nappel nach Farbe an Farbe reihen und jedes beliebige Bild in jeder beliebigen Größe und Form in unbegrenztem Farbenreue erzeugen. Der Wert eines solchen Knüppelwebes hängt ab von dem verwendeten Material, der Dicke der Nappel, von der fehlerlosen künstlerischen Niederlage des Designs und seines Kolorits.

Je geringer die eingeknüppelte Nappelzahl, desto größer ist das Muster, je höher die Nappelzahl, desto kleiner und

durchgebildeter kann das Muster hergestellt werden. Die Herstellungsart ist für den deutschen wie für den orientalischen Teppich die gleiche.

Zu unserer deutschen Knüppelwebeart wurde der Grund um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gelegt, als das Streben der preussischen Regierung, für die arme Bevölkerung des Riesengebirges neue Erwerbszweige zu schaffen, den Geheimrat Schmidt, Inhaber der bekannten Tuchfabrik Gevers u. Schmidt in Görlitz, anregte, an Ort und Stelle im Orient eine Anzahl Weber die Technik des Knüpfens erlernen zu lassen, so daß um 1854 an erst in Böhme, von 1857 ab in Schmieberg im Riesengebirge die Knüppelwebeart begann.

Zunächst kostete es begreiflicherweise große Opfer gegenüber den jahrhundertelangen Erfahrungen der Orientalen, und es wurden hohe Anforderungen an alle Beteiligten gestellt. Bald aber erfuhr sich der Schmieberger Teppich eines Bekanntheit und gab einer ganzen Sattung von Teppichen seinen Namen. Die Tatsache, daß trotz des amerikanischen Schanzkollers der deutsche Knüppelwebeart heute noch einen hochgeschätzten Platz in Amerika einnimmt, darf als Beweis für seinen Wert und seine Konkurrenzfähigkeit gelten. Als besonderer Vorzug ist vor allem anerkannt, daß er infolge der Vielseitigkeit seiner Webart immer in Harmonie mit dem Charakter und der Farbzusammenstellung der Gesamtanordnung gebracht werden kann.

Begreiflicherweise macht sich aber für die Fabrikation des deutschen handgeknüpften Teppichs, angesichts der Massenanzahl orientalischen Teppiche, die stetige Steigerung der Arbeitslöhne im Gegensatz zu den niedrigen Löhnen des Orients fühlbar, vor allem bei der zeitweiligen Anfertigung sehr dichter Qualitäten. Seit Jahresfrist ist es gelungen mit Hilfe eines Knüppelwebes, bei welchem Hand- und mechanische Arbeit vereinigt sind, die Knüppelwebeart jenseit der Grenze wesentlich zu verkürzen, sodaß der große Unterschied zwischen europäischer und orientalisches Knüppelwebeart ein Ausgleichen erfährt. Solche Teppiche sind als „Span- und Japan-Teppiche“ in der Ausstellung vertreten.

Die Erfindung der Jacquard-Maschine im Jahre 1808 hat einen wesentlichen Fortschritt für die mechanische Herstellung von Teppichen gebracht. Die Jacquard-Maschine in Verbindung mit der Nappelwebeart hat den Grund gelegt zum heutigen Brüsseler und Lournay- (Wilton) Teppich. Bei diesen Teppicharten wird das Muster mittels der Jacquard-Maschine gebildet und dadurch die Nappeln erzeugt, daß durch Einlegen von Nadeln in derselben Richtung des nun eingetragenen Schusses, Nappeln oder Nappeln entstehen, die sich beim Einsetzen dieser Nadeln entweder als hohles Nappelgebilde, wie beim Brüsseler

Teppich oder als Florbüschel wie beim Lournay-Teppich vereinigen. Die Technik hat im Laufe der Zeit das ihre dazu beigetragen, daß Lournay- und Brüsseler Teppiche immer ihren Platz unter den besten Fabrikaten behaupten konnten und deutsche Lournay- und Brüsseler Teppiche heute in künstlerischer und qualitativ vollendeter Ausführung im Handel sind.

Der Erfinder des Kettendruckverfahrens Wysock hat sich mit der Jacquard-Maschine nicht befreundet können. Er hat unter Benützung des Nutenstuhles, aber unter Ausschaltung der Jacquard-Maschine, Teppiche derart hergestellt, daß er die zum Weben nötigen Farben vor dem Weben auf die florbildenden Wollfäden aufdruckte. Ein Hauptvorteil dieser Herstellungsweise liegt in der vollständigen Ungelegenheit hinsichtlich der Farbzähl und der dadurch dem Zeichner gegebenen Möglichkeit, sich ganz frei und nach seinem Belieben bewegen zu können. Die Herstellung vollzieht sich folgendermaßen: Alle im Muster enthaltenen Fäden müssen der Reihenfolge nach einzeln bedruckt werden. Je nach der gewünschten Auflage von Teppichen des gleichen Musters wird jeder einzelne Faden dieses Musters in seiner ganzen Länge 600 und mehr Male auf eine Drucktrommel gewickelt und in diesem aufgewickelten Zustande nach Maßgabe der Zeichnung bedruckt. Enthält der Teppich in seiner ganzen Breite 200 Fäden, so müssen 200 solche Druckvorgänge stattfinden. Enthält der Teppich 500 oder mehr Fäden, so sind auch 500 oder mehr Druckvorgänge nötig.

Diese so nacheinander in bestimmter Reihenfolge gedruckten Fäden werden in gleicher Reihenfolge von der Drucktrommel einzeln aufgespult, jede Spule erhält die Nummer des betreffenden gedruckten Fadens; auf dem Seilwagen werden die Spulen zum Muster vereinigt und auf einem Garnbaum gebäumt. Der Garnbaum, welcher nun das Wollmaterial für 600 oder mehr Teppiche von gleicher Größe und gleichem Muster enthält, wird auf einen Nutenstuhl gebracht, wo das Weben wie beim Lournay-Verfahren mittels Nadeln oder Nuten vor sich geht. Während die Nappeln beim Weben unaufgeschnitten (ripsartig), so heißen die Teppiche Tapestry, werden sie aufgeschnitten (samtlählich), so führen sie den Namen Velvet-Teppiche. Laufende von geschickten Händen sind heute mit der Herstellung solcher Teppiche, die unter den vorgenannten Namen unbekannt sind, beschäftigt. Sieht einerseits in der durch die Technik bedingten großen Auflage jedes Musters in jeder Größe ein sehr großes Risiko für den Fabrikanten, so wird andererseits durch diese Herstellungsweise eine solche Preislage gewährleistet, daß diese in großer Vollkommenheit hergestellten Teppiche ein Schmuckstück der Wohnungen auch derer geworden sind, die nicht in der Lage sind, jegliche Summe für einen Teppich aufzuwenden.

Bureau des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes stammt. In dem Artikel wird in Verbindung mit einer maßlosen Uebertreibung der Teuerung und einer totalen Entstellung ihrer Ursachen in den düstersten Farben ein Bild über die gegenwärtige Lage der deutschen Textilindustrie gemalt. Ueberall läge das Textilgewerbe total darnieder — mit Ausnahme von Rheinland und dem Münsterlande.

Selbst der einfältigste Mensch merkt den Zweck dieser Darstellung. In Rheinland und dem Münsterlande gehört das Gros der organisierten Textilarbeiterschaft dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter an, in Sachsen, in Brandenburg usw. dem „deutschen“ Verbande. In Rheinland und im Münsterlande geht das Textilgeschäft „gut“, da kann der christliche Textilarbeiter in Lohnbewegungen hineingetrieben werden; in Sachsen, Brandenburg, Lausitz usw. aber liegt das Textilgewerbe „total am Boden“, da kann der „deutsche“ Verband „leider“ für die „hungernden Textilarbeiter“ nichts unternehmen. Das ist die bekannte Saunertaktik des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, mit der er immer so klägliche Mißerfolge erlebt hat.

Anscheinend hat die Teuerungshege der sozialdemokratischen Parteipresse und des Organs des „deutschen“ Verbandes die Wirkung gehabt, die sie unfehlbar haben mußte. Die vollständig unerzogenen und zum großen Teil disziplinlosen Massen verlangen nach Lohnbewegungen. Das kommt dem „deutschen“ Verbande aber furchtbar ungelegen, und um die selbst gerufenen Geister abzuwenden, muß die Parteipresse mit dem Artikel über die „hungernden Textilarbeiter“ beruhigen und zurückbremsen. Im Münsterlande aber und in zahlreichen Orten des Rheinlandes hat der „deutsche“ Verband gar nichts zu verlieren, dort könnte er agitatorisch nur gewinnen, wenn dort der christliche Textilarbeiterverband jetzt in Kämpfe hineingeht würde.

Unsere Mitglieder in den betr. Bezirken wissen selbst sehr gut, wies um die Geschäftslage bestellt ist, sie werden jetzt den „roten“ Agitatoren ganz besonders das große Mundwerk stopfen, wenn sie sich als die radikalen Arbeiterfreunde geben.

Unsere Mitglieder in den „roten“ Bezirken aber wissen sehr gut, was der „deutsche“ Verband für die Arbeiter zu tun gedenkt in der Teuerung — heizen, aber auch weiter nichts.

Eine wichtige Lehre der Teuerung. Die jetzige Teuerung hat den weitesten Volkskreisen gezeigt, welche Gefahren der Handel für die Volksernährung bringen kann. Weniger der Klein- als der Großhandel. In der Regel wird sonst der Kleinhandel für Preistreiberien verantwortlich gemacht. Es gibt ja auch im Kleinhandel hier und da Auswüchse. Gewöhnlich aber werden sie schon durch die Konkurrenz beseitigt.

Gefährlicher aber sind die Auswüchse des Großhandels. Der Großhandel wird immer mehr organisiert und beherrscht durch seine Organisation schon heute in weitem Umfange den Markt. Diese Entwicklung wird weitere Fortschritte machen. Der Lebensmittelmarkt wird voraussichtlich immer mehr vom Großhandel abhängig, und damit die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung. Denn der Großhandel schafft sich seine Organisation und Macht nicht im Interesse des Volkes, um diesem gut und billig die Lebensmittel zu versorgen, sondern er will Geld, und zwar möglichst viel Geld verdienen. Die Organisation soll die Ausbeutung des Volkes erleichtern oder erst ermöglichen.

Was ist dagegen zu tun? Schimpfen über den Handel nützt nichts. Angriffe gegen die kleinen Händler haben auch keinen Zweck. Denn diese sind ja dem Großhandel gegenüber machtlos und werden auch immer abhängiger von ihm. Wir müssen vielmehr versuchen, den Handel durch Konsumvereine auszuschaftern, und zwar durch große leistungsfähige Konsumvereine, die nicht nur den Kleinhandel, sondern auch den Großhandel in weitgehendem Maße ausschalten können. Letzteres ist besonders wichtig. Ein kleiner örtlicher, auf sich angewiesener Konsumverein kann nur den Kleinhandel ausschalten. Er bleibt aber vom Großhandel und seiner Organisation abhängig. Wichtiger wie die Ausschaltung des Kleinhandels aber ist die Ausschaltung des Großhandels. Deshalb sind Organisationen der Konsumenten notwendig, die dem Großhandel ein Gegengewicht bieten. Jeder Konsument muß das empfinden; jeder sollte erkennen, wie notwendig große Konsumvereine sind. Selbst wenn man die Ausschaltung des Kleinhandels der heute davon lebenden Personen wegen bedauert, muß man die Konsumvereinsbewegung unterstützen. Ziehen wir aus der jetzigen Teuerung und ihrer Begleitererscheinung die Lehre: Wir unterstützen die Konsumvereinsbewegung. Ueberall wo Boden dafür vorhanden ist, müssen soweit wie möglich Filialen schon bestehender und gut geleiteter Konsumvereine errichtet werden. Jeder schließe sich der neutralen Konsumvereinsbewegung an. Dann werden die Mißstände, die sich auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels zeigen, schon verschwinden.

Zur näheren Aufklärung und Unterstützung bei der Gründung von Vereinen und der Errichtung von Verkaufsstellen sind die Herren Verbandsdirektor Schlaß, Geschäftsführer des Konsumvereins Eintracht, Mülheim am Rhein und Geschäftsführer Biffels vom Konsumverein Wohlfahrt für Rheinland und Westfalen in Werden sehr gern bereit.

Städtische Lebensmittelämter schlägt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 42, 21. Okt.) vor, um Vorsorge und Vorbeugungsmaßnahmen, die sich in den jetzt vorhandenen teuren Zeiten als durchaus notwendig erwiesen haben, für alle späteren Fälle zu treffen.

Die erste Aufgabe eines solchen städtischen Lebensmittelamtes wäre, einen Ueberblick zu schaffen über den Verbrauch, die Versorgungsgelegenheit und Versorgungsgebiete des städtischen Marktes. Groß- und Kleinhandel aller Stufen versorgen uns heute mit Lebensmitteln, die sie aus den verschiedensten Gegenden, aus dem In- und Auslande beziehen. Wer weiß genau, woher und in welchen Quantitäten sie zusammenfließen? Da muß Klarheit geschaffen werden. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ weist darauf hin, daß in einigen Städten im Interesse der Volksgesundheit eine genaue Kontrolle über Herkunft, Quantität und Qualität der in den Städten verbrauchten Milch geführt werde. Das müsse auf andere Artikel des Lebensmittelmarktes ausgedehnt werden. Das städtische Lebensmittelamt hätte sich ein absolut klares Bild über die Bezugsgebiete wenigstens der notwendigsten Lebensmittel zu verschaffen.

Dann würden leicht Mittel und Wege gefunden werden können, um die Zufuhr von Lebensmitteln zu erleichtern und zu verbessern. Verbesserung der Verkehrsbedingungen, Inverbindungen mit Landwirtschaftskammern, landwirtschaftlichen Genossenschaften u. Zufuhr und Verteilung könnten rationaler bewerkstelligt werden. In Verbindung hiermit hätte das Lebensmittelamt die Aufgabe, zu untersuchen, was die Stadt zur Hebung der Produktion tun könne.

Endlich hätte das Amt die wichtige Aufgabe der Kontrolle und Ueberwachung der Preise und Preisgestaltung; eine gute Preisstatistik zu üben, die heute ja noch ganz im argen liegt.

In Bayern ist durch Landesgesetz bestimmt, daß alle Fleischläden ein Verzeichnis der ausgebotenen Fleisch- und Wurstsorten und deren Preise aushängen müssen. Was da preisstatistisch im Fleischhandel bereits gesetzlich festgelegt ist, könnte übertragen werden auch auf andere Lebensmittel. Damit wären Grundlagen für eine Preisstatistik im Großen geschaffen. Dadurch würde sich ergeben, wie sich die Preise in den einzelnen Stadtteilen und für die verschiedenen Qualitäten stellen. Damit wiederum wäre der Ueberblick gewonnen über den Warentypus, der überhaupt im städtischen Umkreis zumeist gekauft wird. Das Lebensmittelamt hätte damit die Materialien in der Hand, Vergleiche anzustellen zwischen dem Qualitätsstypus am Orte und dem in anderen Städten. Das Weitere, was sich daraus ergibt, liegt auf der Hand. Die zahlenmäßigen Unterlagen wären gewonnen, die es ermöglichen, die jeweilige Preisspannung zu ermeßen und sie andauernd zu verfolgen.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ knüpft an ihre sehr beachtenswerten Vorschläge folgende Schlussbemerkungen: „Von welcher Seite man die Aufgaben des Lebensmittelamtes betrachtet, sie gewinnt allenthalben. Die praktische Durchführbarkeit findet keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Der reelle Handel würde in keiner Weise durch die Ausübung der Aufgaben des Amtes beeinträchtigt werden. Seine volkswirtschaftlich notwendige Funktion bliebe bestehen. Die Gemeinden würden sich dadurch auch nicht in phantastische „kommunal sozialistische“ Versuche hineinstürzen. Mit dem Lebensmittelamt wäre nur eine Zentrale geschaffen, in deren Umkreis sich die tatsächliche Lage der Dinge widerspiegelt, und die über die notwendigen Mittel verfügt, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit planmäßig zu gestalten, sicherzustellen und eine gesunde Preisbewegung zu garantieren.“

Eine interessante Enthüllung bringt der „Regulator“, das Organ des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Duncker). Er weist auf seine früher erfolgte Feststellung hin, nach der sich der „rote“ Metallarbeiterverband von den Arbeitgebern im bayrischen Schlägergewerbe 6000 M. schenken ließ, um die nicht- oder andersorganisierten Arbeiter des Gewerkes dem sozialdemokratischen Verbands zuzuführen, und bemerkt dann:

„Erst heute besitzen wir aber die Unterlagen und wissen jetzt, daß damals die Harmonie zwischen den Arbeitgebern und dem „deutschen“ (sozialdemokratischen) D. R. d. Textilarb.-Ztg. Metallarbeiterverband noch viel weiter ging, denn 71000 M. haben damals die Arbeitgeber der Feingoldschlägerei als Unterstützung an den „deutschen“ Metallarbeiterverband ausbezahlt.“

Das ist ja recht nett. Wir sind gespannt, was die „Metallarbeiter-Zeitung“ darauf zu erwidern weiß. Sind die vom „Regulator“ gemachten Angaben zutreffend, so bilden sie eine köstliche Illustration der Zweifelseelentheorie unserer „unentwegten“ Klassenkämpfer.

Schon richtig wird sein, was der „Regulator“ einleitend bemerkt, es sei hinlänglich bekannt, daß hinter dem radikalen Phrasentum der Führer des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes in Wirklichkeit nicht viel stecke, und daß es rote Verbändler gäbe, die in den Werkstätten und öffentlichen Versammlungen den Mund so voll nähmen und dann vor dem Direktor eines Werkes stehend, kein Wort fänden. Die Erfahrung haben auch unsere Kollegen schon des öfteren gemacht in unserm Berufe. Die Taktik der Genossen ist oft genug: In den Versammlungen und Flugblättern radikal fordernd, in den Eingaben und Verhandlungen aber demütig bittend. Es sei nur an das Verhalten des „roten“ Metallarbeiterverbandes in Pforzheim erinnert. Dort wurde ihm dieses zweipolige Vorgehen klipp und klar nachgewiesen. Bei all dem hat die Arbeitererschaft wahrhaftig keine Veranlassung, sich von dem Phrasengebimmel der Genossen beeinflussen zu lassen.

Arbeitervereine und Wohnungsausstellungen. Das soeben erschienene „Taschenbuch der katholischen Arbeitervereine für 1912“ weist in einem sehr lesenswerten Artikel über die Ausstattung der Arbeiterwohnungen auf

die auch schon in dieser Zeitung angeregten Ausstellungen in Ausstattungsgegenständen für Arbeiterwohnungen erneut hin. In einer ganzen Reihe von Städten hätten katholische Arbeitervereine allein oder in Verbindung mit den örtlichen Handwerkervereinigungen und sonstigen Organisationen den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß es wirklich besseres gebe in der Wohnungsausstattung wie das bisher Gebräuchliche. „Schöne Erfolge sind bereits erzielt worden. Allerdings“ muß aus eines hingewiesen werden. Die Erfahrung lehrt, daß die Handwerkervereinigungen nicht ohne weiteres aus sich heraus das Richtige treffen. Es wird somit in allen Fällen gut sein, einen aus den verschiedenen, an dem Ausstellungsunternehmen beteiligten Organisationen bestehenden Ausschuss zu schaffen, der mit Sachverständigen Fühlung nimmt und ein Programm ausarbeitet. Der Ausschuss muß das Recht haben, nicht Geeignetes zurückzuweisen. Die Handwerksmeister müssen in etwa die Gewähr bieten, daß sie unter Berücksichtigung freilich ihrer individuellen Gesichtspunkte nach Plänen arbeiten. Am besten hält man sich da an alte gute Vorbilder der Gegend. Bei den zu schaffenden Möbeln für unsere Arbeiterfamilien kommt es dann selbstverständlich nicht bloß auf die Form, sondern auf den zweckmäßigen Gebrauch an. Die Möbelstücke müssen ferner solide sein und zerlegbar, damit sie keine allzugroßen Schwierigkeiten beim Umziehen bereiten. Auf gute Sitzmöbel (Stühle und Bänke) ist besonderes Gewicht zu legen. Es müssen immer ganze Zimmer (Wohnfläche oder Wohnzimmer oder Schlafzimmer) gezeigt werden mit voller Ausstattung.

Es gibt noch manche Leute, die solcherlei Anregungen, wie wir sie hier geben, als unnötig und aussichtslos halten. Sie sind es mitnichten. Gut Ding will eben Weile haben. So geht es auch mit den Ausstellungsunternehmen der Arbeitervereine. Nur weiter auf dem Wege! Ueberall, wo sich Gelegenheit bietet, zeigen wir bessere Möbel, bessere Bilder, besseren Schmuck wie den gebräuchlichsten. Der Erfolg wird doch auf unserer Seite sein. Manches junge Ehepaar wird sich anders einrichten, und wir alle werden wieder Freude bekommen an jener einfachen biederen Art, die unser Volk auszeichnet. Vielleicht gelingt es auch dem vereinten Streben, eine gute Lösung zu finden für die große Frage: Wie ermöglichen wir den Arbeiterfamilien den Einkauf von Ausstattungsgegenständen? Gründen die Genossenschaften, lokale oder in größerem Rahmen? Das ist die Frage. Das Bessere soll nicht nur gezeigt, es soll auch wirklich gekauft werden.“

Uns ist bei gelegentlichen Gesprächen über diesen Gegenstand von Kollegen gesagt worden, solche Ausstellungen seien Sache der Arbeitervereine und Gewerkschaften in den Großstädten. Das ist eine durchaus falsche Ansicht. Auch die Kollegen der Mittel- und Kleinstadt sollen hierin vorgehen. Auch sie haben durchweg ein leistungsfähiges Handwerk, das sich zur Verfügung stellt, und daß der Geschmack in der Wohnungsausstattung bei den Arbeiterfamilien der Mittel- und Kleinstadt eine Umbildung nicht notwendig habe, wird kein Einsichtiger behaupten wollen.

Zwanzig Jahre Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine. Der „Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine“ konnte am 12. Oktober cr. auf eine zwanzigjährige Geschichte zurückblicken. Der Redakteur des „Arbeiter“, des Organs des Verbandes, widmet dieser Tatsache einen kurzen Erinnerungsartikel.

Viele Hindernisse standen anfänglich der Zentralisation entgegen. Manche Arbeitervereine glaubten, besser allein auskommen zu können, anderen „schwebten die Arbeitervereine als eine Art Paravereine von hauptsächlich lokalem Einfluß, mit charitativen Tendenzen vor, ohne dabei der sozialen Arbeit zu gedenken, die da in aufbauendem Sinne an der gläubigen deutschen Arbeiterschaft und mit ihr und durch sie zu leisten war“. Von der Meinung bis zu der heute im allgemeinen vorhandenen klaren Erkenntnis von der großen sozialen Bedeutung der katholischen Arbeitervereine ist ein weiter Weg, der auch im „Süddeutschen Verbands“ angezeigt wird durch eine Fülle von theoretischer und praktischer Arbeit. Heute haben die katholischen Arbeitervereine Süd-, Ost- und Westdeutschlands (selbstverständlich ohne „Berlin“) sogar einen Parteilverband.

Der „Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine“ hätte sich nicht entwickeln können, wenn nicht selbstlose Männer, darunter namentlich der verstorbene Hr. Huber, bereitwillig große geldliche Opfer gebracht hätten. Dieser Männer wird bei der Erinnerung an die Gründung des Verbandes dankbar gedacht. — Der Verband hat sich ausgedehnt, neue Abteilungen für spezielle Tätigkeit mußten geschaffen werden; neue Gebiete wurden der Bearbeitung erst erschlossen, darunter die so hochwichtige Arbeiterinnenfrage.

Die äußere Entwicklung des Verbandes kommt in folgenden Zahlenangaben zum Ausdruck:

27 Vereine mit 5984 Mitgliedern waren 1891 der Grundstock des Verbandes, zehn Jahre später zählte der Verband in 408 Vereinen 59822 Mitglieder und wiederum zehn Jahre später, im Juli 1911, sind es 926 Vereine mit 102357 Mitgliedern.

Mit dieser äußeren hat die innere Entwicklung gleichen Schritt gehalten, wie das Leben innerhalb der Vereine, die Zahl der Unterrichtskurse, der Arbeitersekretäre, die Auflage des Verbandsorgans usw. genügend darthun.

Der Jubiläumsartikel des „Arbeiters“ schließt mit dem Gedanken, daß es für die christlichen Organisationen nicht allein auf die Gewinnung der Mitglieder ankomme, sondern auch darauf, daß in allen sozialen Organisationen der gleiche soziale Geist gepflegt werde und herrsche, daß dieser Geist auch in die Köpfe der breiten

Massen gehämmert werde, um mit diesem Geiste in den Massen der Arbeiter Anteil am Gesellschafts- und Staatsleben erobern zu können.

Die Stellung der Buchdrucker-Gehilfen zum neuen Tarif. Die Gehilfen im Buchdrucker-Gewerbe beginnen nunmehr zu dem in der vorigen Nummer dieser Zeitung mitgeteilten neuen Tarif Stellung zu nehmen. So fand am 10. Okt. in Berlin eine außerordentlich stark besuchte Versammlung des Gutenbergbundes statt, die nach langer Diskussion eine Resolution annahm, worin den Vertretern des Gutenbergbundes Dank für ihre Tätigkeit bei den Tarifverhandlungen ausgesprochen wird. Die Versammelten erklärten sich mit dem Tarifvertrag, soweit er die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen regelt, einverstanden, erklärten aber, daß sie von den diesmahligen Tarifverhandlungen ein besseres Ergebnis erwartet hätten.

Ganz entschieden protestiert die Versammlung gegen das Verhalten der Vertreter des Buchdruckerverbandes, die auch im Tarifausschuß Macht vor Recht gehen ließen und geschlossen gegen die Forderung des Gutenbergbundes, einbezogen zu werden in die Tarifinstitutionen, stimmten, welche Forderung aus Gründen der Gerechtigkeit von den Prinzipalvertretern als Antrag erhoben worden war. Die Versammlung nimmt das Erreichte als einen Schritt vorwärts auf dem vom Gutenbergbund beschrittenen Wege, zu seinem ihm vorenthaltenen Rechte zu kommen, hin und fordert die Kollegen auf, für Ausbreitung des Gutenbergbundes ihre ganze Kraft einzusetzen, und mit Ausdauer den Kampf um die Gleichberechtigung weiterzuführen.

Es handelt sich bekanntlich um die Forderung des Gutenbergbundes, in alle tariflichen Institutionen als gleichberechtigtes Mitglied einbezogen zu werden. Der sozialdemokratische Buchdruckerverband hat das zu hinterfragen gewußt. Leider zeigte die Mehrheit der Prinzipalvertreter dem terroristischen Verhalten dieses Verbandes nicht genügend Widerstand entgegen, so daß er in dieser Sache immerhin über einen Erfolg triumphieren kann, wenn er auch seinen Willen, den Gutenbergbund bei den Tarifinstitutionen ganz auszuschalten, nicht durchzusetzen vermochte. Es ist ein Beschluß zustande gekommen, daß der Gutenbergbund im Tarifausschuß beratende Stimme erhalten und im Tarifamt in Fragen, die ihn betreffen, gehört werden soll.

Das ist allerdings ein kleiner Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, aber kein solcher, daß sich die christliche Arbeiterbewegung damit zufrieden erklären könnte. Der unhaltbare Zustand, daß eine tariftreue Minderheitsorganisation, die zur Durchführung des abgeschlossenen Vertrages große Opfer bringt, aus dem maßgebenden Instanzen des Tarifs ausgeschlossen sein soll, muß einmal beseitigt werden, eher wird der Gutenbergbund, und hinter ihm steht die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung, nicht locker lassen. Es handelt sich hier nicht um eine spezielle Berufsangelegenheit der Buchdrucker oder nur um eine Streitfrage zwischen sozialdemokratischem Verband und Gutenbergbund, sondern um eine weittragende Angelegenheit mit öffentlichem Interesse, an der die ganze Arbeiterbewegung wie die Öffentlichkeit interessiert sind. Wenn der sozialistische Buchdruckerverband auf seinem terroristischen Standpunkt dauernd weiter verharren sollte, muß er des schärfsten Kampfes von Seiten der christlichen Arbeiterbewegung gewärtig sein.

Daß er die Aufnahme des Gutenbergbundes in die Tarifinstitutionen als gleichberechtigter Vertragsorganisation zu verhindern vermochte, wird dem roten Verbande bei seinen verhetzten Mitgliedern als Rädler dienen, womit er diese für den ganzen Tarif zu angehn verjucht. Tatsächlich sind die Ergebnisse des Tarifbeschlusses weit hinter den Forderungen und Erwartungen der Verbände zurückgeblieben. Der Verband kann des heftigsten Unwillens weiter Mitgliederkreise und vielleicht offener Stände gewiß sein. Da kann er ihnen denn die Sache mit dem Gutenbergbunde als „jetten Brocken“, als „großartigen prinzipiellen Erfolg“ hinstellen. Der Verband weiß sehr gut, welche Wirkung die gerade vor der Tarifberatung betriebene Aufhebung seiner Mitglieder gegen den Gutenbergbund gehabt hat. Die Uebung muß jetzt bei den fanatisierten Mitgliedern ihren Zweck erfüllen.

Uebrigens macht sich die Kritik der Mitglieder des Verbandes bereits in einer für diesen unangenehmen Weise Luft. In Berlin tagte am 15. Okt. eine Versammlung des roten Verbandes, die von 10000 Mitgliedern besucht gewesen sein soll. Die Maschinenfeger protestierten gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, die der neue Tarif für sie bedeute. Einige dieser Redner drohten sogar, die Maschinenfeger würden dem Verband den Rücken kehren und eine eigene Organisation gründen, wenn ihre Interessen nicht besser gewahrt würden. — Der zweite Hauptvorsitzende des Verbandes, Graßmann, nahm demgegenüber die Gehilfenvertreter in Schutz. Aus der Mitte der Versammlung waren zwei Resolutionen eingegangen. Der Versammlungsleiter Albrecht sprach sich gegen die Annahme einer Resolution aus, da nach den letzten Verhandlungsbeschlüssen die Gehilfenvertreter allein Vollmacht zum Abschluß des Vertrages hätten. Die Versammlung verlangte aber fürmlich die Abstimmung. Die erste Resolution, die den neuen Tarif mißbilligt und die Haltung der Prinzipalvertreter verurteilt, aber die Tätigkeit der Gehilfenvertreter anerkennt, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Mit überwältigender Mehrheit wurde dagegen eine Resolution angenommen, die die völlige Unzulänglichkeit des neuen Tarifs behauptet und schließt:

Die Berliner Buchdrucker lehnen die Verantwortung für die jetzigen der Gehilfenvertreter getroffenen Vereinbarungen ab in der Ueberzeugung, daß sie der in Hannover ausgefallenen Reichstagswahl entsprechend waren. Die

Versammelten gaben der Meinung Ausdruck, daß nur durch eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes bei Beschlüssen von einschneidender Bedeutung für die Gehilfen-schaft eine Wandlung in der Tarifpolitik herbeigeführt werden kann.

Die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ gibt Zuschriften von Buchdruckern Raum, die ebenfalls gegen den Tarif protestieren und darin eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse erblicken. Auch in mehreren andern großen Städten ist der Tarif abgelehnt oder doch nur gegen eine starke Opposition angenommen worden. In Köln und Leipzig soll man sich für den neuen Tarif ausgesprochen haben. Jedenfalls ist viel hinter den Kulissen gearbeitet worden, um vor der Reichstagswahl einen großen Krach zu vermeiden.

Die Partei der „wahren Demokratie“. „In unserer Partei herrscht wahre Demokratie; das freie Recht der Wahl, der Delegation und der Mitbestimmung ist allen Mitgliedern uneingeschränkt gegeben.“ Diese Phrase konnte man kürzlich in einer sozialdemokratischen Zeitung, wenn wir nicht irren in der „Rheinischen Zeitung“, lesen. Wie es mit dieser „wahren Demokratie“, dem freien Recht der Wahl, der Delegation und der unbeschränkten Mitbestimmung in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt Dr. Michels, Professor an der Universität in Turin, in seinem kürzlich erschienenen Buch über das demokratische Problem in der Sozialdemokratie. Michels hat viele Jahre in den Kreisen der deutschen Genossen gelebt, seine Stellung gewährte ihm Einblick in den ganzen Betrieb der sozialdemokratischen Organisation, und er war seiner Beobachter genug, um die Dinge wirklich lebenswahr zu schauen.

„Die Achtung der Führer vor den Massen“, stellt Michels fest, „ist in der Regel keine hohe.“ Und die Führer pochen auf die Urteilslosigkeit der Menge, um sie von den Geschäften fern zu halten. Sie erklären sich gegen das Referendum oder wenden es im Parteileben nicht an.

Außer den politischen Gründen wird auch die Kompliziertheit der Parteiorganisation ins Feld geführt, um die direkte Wahl in der Partei möglichst durch die indirekte Wahl zu ersetzen; für die sehr viel kompliziertere Staatsorganisation aber wird die direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts als Programm-punkt gefordert.“ (S. 147.)

Die Vollmachtanhäufung in relativ wenigen Händen führt ganz naturgemäß zu häufigem Mißbrauch der Macht.

„Die Uebergriffe der konstituierten Parteigewalt werden von der Partei, die gegen die Uebergriffe der konstituierten Staatsgewalt zu Felde zieht, wie Notwendigkeiten einer Naturkraft hingenommen. Ihren eigenen Führern sind die Massen viel gefügiger, als den Regierungen. Sie lassen sich vielfach von ihnen Mißhandlungen gefallen, die sie von jenen nie ertragen würden.“ (S. 149.)

Das Recht der Kontrolle und der Abjektivierung der Führer hat nur theoretische Bedeutung. In der Praxis treten diesem theoretischen Recht eine Reihe konservativer Tendenzen entgegen und machen die Oberhoheit der souveränen Massen unmöglich. „Das Delegationswesen wird unter den Führern bisweilen durch Sonderabmachungen geregelt, durch welche die Massen von jeder Mitbestimmung ausgeschlossen werden. Oft grenzen solche Abmachungen an Gegenseitigkeitsverpflichtungen.“

In der deutschen Sozialdemokratie hatte sich vor einigen Jahren an manchen Orten ein förmliches System herausgebildet: Die Führer kamen überein, sich der Reihe nach auf die einzelnen Parteitage usw. schicken zu lassen. In den jährlichen Versammlungen, in denen die Delegation auf der Tagesordnung stand, erhob sich dann abwechselnd einer von ihnen, um den anderen — der gerade an der Reihe war — den Genossen zur Wahl zu empfehlen. Einmal empfahl A. den B., das andere Mal dann W. den A. Die Parteigenossen lehnen sich nur selten gegen derartige Tricks auf. Vielfach merkten sie nicht einmal ihre Existenz.“ (S. 152.)

In Deutschland sei die Führerschaft in der sozialdemokratischen Partei zuerst in der Form der Diktatur einer einzelnen Persönlichkeit aufgetreten, heute sei sie die Diktatur einer kleinen Oligarchie.

Sobald die sozialdemokratischen Führer den Massen schmeicheln, ihnen schmeicheln zu Willen sind, sichern sie sich die uneingeschränkte Herrschaft, untergraben sie die Demokratie, machen sie diese in der Sozialdemokratie zur lässlichen Farce.

Aus unserer Industrie.

Die Ausfuhr von Textilwaren.

Der Monat August brachte für einige Zweige des Textilgewerbes eine ganz erhebliche Einschränkung des Auslandsgeschäftes. Die Gesamtanzahl zeigt allerdings eine geringe Zunahme. Sie liegt von 163848 auf 165906 dz. Am günstigsten gestalteten sich noch die Abgabeverhältnisse für die Baumwollindustrie.

Die Ausfuhr von Baumwollgarn lag von 1884 auf 18970 dz. Baumwollwaren wurden 62231 dz exportiert gegen 55365 dz im Vorjahre. Schlichter hat die Wolllandwirtschaft abgelehnt. Sie lieferte ins Ausland 11570 dz Garn, das fast 1017 dz mehr als im August 1910 und 36488 dz Wollland gegen 39946 dz im vorjährigen Vergleichsmonat. Auch die Seidenindustrie hat eine Beeinträchtigung ihres Exportgeschäftes zu verzeichnen. Die Ausfuhr von Seidenwaren ist von 105411 auf 99115 dz zurückgegangen. Seidenwaren und -gewebe wurden 561 dz ausgeführt gegen 523 dz im August 1910. Am ungünstigsten gestaltete sich die Ausfuhr von Erzeugnissen der Leinenindustrie. Der Export von Garn belief sich auf 823 dz, hat also um 365 dz nachgelassen. Die Ausfuhr von Leinenwaren ging von 11367,2 auf 974,8 dz zurück. Eine erhebliche Zunahme zeigt nur

die Ausfuhr von anderen Garnen. Sie liegt von 8190 auf 9728 dz.

Für die ersten acht Monate ergibt sich ein etwas günstigeres Bild von der Entwicklung der Ausfuhr. In den Monaten Januar bis August der nachstehenden Jahre betrug die Ausfuhr von Textilwaren in Doppelzentnern:

	1907	1908	1909	1910	1911
Ausfuhr	1035255	916630	978554	1075339	1086290
Differenz		-118625	+61924	+96785	+10951

Seit 1907 ist die Ausfuhr um 51035 dz gestiegen. Im laufenden Jahre betrug die Zunahme 10951 dz. Der Export von Wollgarn ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Auch Baumwollgarn, Seidenzwirn und andere Garne zeigen geringe Zunahmen. Die Garnausfuhr betrug nämlich in den Monaten Januar bis August 1911, verglichen mit dem Vorjahre in Doppelzentnern:

	1910	1911	Zu resp. Abnahme
Baumwollgarn	105696	106864	+ 1168
Wollgarn	71070	88575	+17505
Seidenzw. u. -gewebe	4109	4255	+ 146
Leinengarn	8105	6254	- 1851
Anderes Garn	62644	63631	+ 987

Die Ausfuhr von Geweben und anderen Waren hat bedenklich nachgelassen. Sie belief sich in den acht Monaten 1910 und 1911 in Doppelzentnern auf:

	1910	1911	Zu resp. Abnahme
Baumwollwaren	381674	396946	+15272
Wollwaren	220212	211519	- 8693
Seidenwaren	70893,1	69738,3	- 654,8
Leinen- usw. Waren	86234,1	73772,4	-12461,7
Kleider, Fußwaren usw.	62202	64735	+ 2533

Die Ausfuhr von Baumwollwaren hat sich noch am günstigsten entwickelt. Besonders Samt, Plüsch und dicke Möbelstoffe aus Baumwolle fanden guten Absatz im Auslande. Die Ausfuhr von Strümpfen und Handschuhen hat nachgelassen. Wirt- und Netzwaren wurden 7459 dz ausgeführt gegen 3968 dz im Vorjahre. Auch bei Spitzen und Stickerien zeigte sich eine Zunahme der Ausfuhr. Der Rückgang der Ausfuhr von Wollwaren ist hauptsächlich der Verminderung des Absatzes von Kleiderstoffen usw. zuzuschreiben. Fußbodenteppiche, Samt und Plüsch wurden in stärkerem Maße ausgeführt als im Vorjahre. Der Export von Spitzen und Stickerien aus Seide war bedeutend geringer als im Vorjahre, während die Ausfuhr von seidenen Geweben zugenommen hat. Die Leinen-, Jute- usw. Industrie hat ihre Ausfuhr sehr eingeschränkt.

Auswanderung österreichischer Baumwollindustrieller nach Deutschland.

In den letzten Jahren mehren sich die Fälle, wo österreichische Baumwollindustrielle Fabriken in Deutschland gründen. Die bekannte Wiener Baumwollweberei von Volat Schöne besitzt schon seit einigen Jahren in Preußisch-Schlesien eine Weberei, um von dort aus und vermittelt einer Niederlage in Berlin den deutschen Markt mit ihren Erzeugnissen zu versorgen. Auch in Frankreich hat dieselbe Firma im vorigen Jahre eine Fabrik errichtet, welche neben dem französischen Geschäft den Export prägt. Jetzt wird berichtet, daß die alte angesehene Baumwollweberei von Isaac Mauthner in Wien wegen Ankaufs zweier sehr bedeutender schlesischer Buntwebereien in Verhandlungen eingetreten ist. Neben der Pflege des Geschäftes in Deutschland will die Firma den Ueberseeexport über Hamburg, Bremen und Leipzig betreiben. Das direkte österreichische Ausfuhrgeschäft ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden.

Vom Standpunkte unserer deutschen Textilindustrie kann man es gerade nicht bezweifeln, daß uns im eigenen Lande eine scharfe ausländische Konkurrenz erfleht. Der deutschen Textilindustrie ist das Inlands- und Auslands-geschäft ohnehin schwer genug gemacht.

Zahlungseinstellungen von Textilfirmen.

In den letzten Wochen sind wiederholt Zahlungseinstellungen von Textilfirmen bekannt gegeben worden. Zum Teil handelt es sich um kleinere Firmen mit wenig festem und eigenem Betriebskapital und wenig Kreditfähigkeit, die die jetzt vorhandenen Notzeiten nicht zu überdauern vermögen. Dagegen haben größerer Aufsehen erregt die Unfähigkeitserklärungen der Spinner Richard Brandts und der Weberei Gebr. Brandts in Br.-Glabach. Die Passiven sollen etwa 3,9 Millionen Mark betragen. Zur Sanierung des Geschäftes soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden mit einem Aktienkapital von 1,60 Mill. M. Das Unternehmen wird vorläufig von einem Gläubigerausschuße weitergeführt.

Die Ursache für diese bedauerliche Tatsache soll in verfehlten Spekulationen in Baumwolle liegen. Bekanntlich ist der Baumwollpreis von 76 1/2 Pfg. auf 52 Pfg. das Pfund in rund einem Jahr gesunken. Das Fallen des Preises kam ziemlich plötzlich, als die diesjährige amerikanische Ernte ein außerordentlich gutes Ergebnis sicherte. Die Firmen haben jetzt große Posten zu den hohen Preisen akzuzumachen.

Die Wegberger Baumwollspinnerei soll aus gleichen Gründen vor Zahlungsstokungen stehen. Sie hat jedoch von ihren Gläubigern einen Ausstand bis 12. Mai 1912 ergelassen.

Eine kleine Berechnung möge die Verluste, von denen die Spinnereien durch den Rückgang der Baumwollpreise getroffen werden können, illustrieren.

Nehmen wir als Durchschnitt einer Spinnerei einen Jahresbedarf von 15000 Ballen und nehmen ferner an, daß nur der zehnte Teil davon an Rohbaumwolle auf Lager oder auf den Maschinen oder in verarbeiteter Ware vorhanden ist, dann läßt die Spinnerei, falls keine Garn-

abschlüsse in gleicher Höhe vorliegen, das Konjunkturrisiko von 1500 Ballen Baumwolle (à 450 Pfund). Besteht den Fall, daß diese 1500 Ballen nicht auf dem Lokomarkt zu 18 Pfennig, sondern für spätere Termine zu 70 Pfg. im Durchschnitt erstanden wurden, so besteht ein Verlust von ca. 18 Pfg. pro Pfund gegen den heutigen Baumwollpreis. Das macht bei einem Ballen: 500 x 18 Pfg. = 81 M. und bei 1500 Ballen 121500 M.

Es sei hierbei noch bemerkt, daß von der teureren Baumwolle alter Ernte sich am 31. August d. J. 241357 Ballen amerikanischer Baumwolle in deutschen Spinnereien befanden und daß diese von dem starken Preisrückgang betroffen wurden auf Kosten der Spinnereien und Webereien. Während zweier Jahre hatten wir einen Baumwollbestand von 70 bis 80 Pfg. Der Glaube an die weitere Dauer dieser hohen Preise sah so fest in den beteiligten Kreisen, daß es nicht zu verwundern ist, daß die Spinner die jetzt billige Baumwolle neuer Ernte vor Monaten schon 20 bis 30 Pfg. teurer bezahlten. Sie wurden darin bestärkt, da die Führer der deutschen Spinnereindustrie eine wahre „Hungernot in Baumwolle“ für diesen Herbst prophezeiten. Noch im April dieses Jahres hat Herr Geh. Kommerzienrat Semlinger diejenigen, die auf billigere Rohstoffpreise warteten, gewarnt und ihnen in Aussicht gestellt, daß sie in „wenigen Monaten nicht Material genug für ihre ausgehungerten Kunden finden“ werden, er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Es ist ja richtig, die Baumwollnotierungen sind seit Jahr und Tag sehr hoch, aber sie entsprechen den heutigen Markt- und Machtverhältnissen, und die Verbraucher von Baumwollstoffen werden sich an diese teureren Preise gewöhnen müssen.“ Damals notierte Baumwolle 75 Pfg. Noch am 20. Juli behauptete Herr Geheimrat Semlinger, daß in dem „unwahrscheinlichsten Fall eines Rückganges in den Wintermonaten von 6-8 Pfennig für Baumwolle dies in den Garn- und Gewebepreisen garricht oder doch nur sehr wenig zum Ausdruck kommen werde“. Diejenigen, die sich im Frühjahr und Hochsommer haben ins Hochhorn jagen lassen, müssen heute die größten Abrechnungen an ihren Lagerverrätern vornehmen, heute, wo Baumwolle einen nicht gedachten Preisrückgang um 28% Pfg. erfahren hat. Was das für eine Spinnerei bedeutet, ergibt daraus, daß 1 Pfg. bei einem Spinnereibedarf von 15000 Ballen jährlich ein Kapital von 67500 M. ausmacht.

Der italienisch-türkische Krieg und die Textilindustrie.

In den Fachkreisen der Textilindustrie Deutschlands wird jetzt vielfach die Frage erörtert, welche Konsequenzen der türkisch-italienische Krieg für die Textilindustrie Deutschlands haben wird. Bisher ist der Export deutscher Textilfabrikate nach der Türkei ein verhältnismäßig unbedeutender gewesen, da die von den türkischen Inwohnern bezogenen Baumwollwaren hauptsächlich aus Italien kommen, und die vielfachen Versuche der deutschen Baumwollindustrie, den Italienern Konkurrenz zu machen, auch nur von geringem Erfolge begleitet gewesen sind. Gut unterrichtete Kreise schätzen den Wert der von Italien nach der Türkei importierten bedruckten Baumwollwaren auf mindestens 50-60 Millionen Franken, glauben jedoch, daß auf die Dauer die türkischen Kaufleute, wenn sie auch jetzt für längere Zeit einen Boykott der italienischen Waren einleiten lassen, solche doch kaum später entbehren werden können, und zwar aus dem Grunde, weil die von Italien gelieferten Waren erheblich billiger sind. Erstens können die italienischen Baumwollfabrikanten vermöge billigerer Arbeitslöhne und unbeschränkter Arbeitszeit billiger als Deutschland fabrizieren, ferner aber wird auch darauf hingewiesen, daß die Lieferung der italienischen Baumwollfabrikanten nicht so exakt und pünktlich erfolgt wie die von Seiten Deutschlands. Wenn man auch in den Kreisen der türkischen Kaufleute den Wunsch hat, mit Deutschland Geschäftsverbindungen anzuknüpfen, so steht doch zu befürchten, daß die von deutschen Herstellern verlangten Preise, da es sich in der Hauptsache um billigere Waren handelt, kaum Veranlassung geben werden, daß das deutsche Produkt mehr als bisher zur Geltung kommt. Deshalb wird der Boykott italienischer Waren nur ein vorübergehender sein, wenigstens soweit Baumwollwaren in Betracht kommen. Allerdings steht es ohne Zweifel, daß die italienischen Baumwollwarenfabrikanten vorübergehende und zum Teil beträchtliche Schädigungen dadurch erfahren werden, erstens, daß ihnen die beorderten Waren nicht abgenommen werden, zweitens, daß die türkischen Kaufleute, die ohnedies schon lange Ziele in Anspruch nehmen, die Zahlung der früher gekauften Waren noch weiter verschieben werden. Deshalb besteht die Befürchtung, daß in der italienischen Baumwollindustrie, die ohnedies nicht auf Kosten gebettet ist, Zahlungsschwierigkeiten eintreten werden, da die Engagements dieser Fabrikanten in der Türkei recht bedeutende sind.

In feinen Wollwaren deckt die Türkei ihren Bedarf zumeist in England, doch werden von türkischen Kaufleuten jetzt neuerdings wieder Versuche unternommen, auch Deutschland konkurrieren zu lassen, doch, soweit glatte Tuche in Betracht kommen, ein recht bedeutendes Geschäft mit der Türkei zu machen in der Lage ist und auch seither immer gepflegt hat. Den Bedarf in Fezen, den die Türkei hat, befriedigt neben der inländischen Fabrikation Oesterreich und zum Teil auch Spanien. Das deutsche Produkt kommt in dieser Beziehung kaum in Betracht.

Aus dem Verbandsgebiete. Arbeitslosen-Berichterstattung für den Monat Oktober.

Die Arbeitslosen-Berichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen werden daran erinnert, daß am 28. Oktober (Samstag) Arbeitslosen-Zähltag für den Oktober ist. Die Berichtskarten (graue Monatskarten) sind spätestens drei Tage nach dem 28. Oktober (also 1. November) an die Zentrale einzusenden. Auf der Berichtskarte darf die am Schlusse des Monats tatsächlich vorhandene Mitgliederzahl nicht vergessen werden.

Die verehrlichen Ortsgruppenvorstände werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Berichterstattung in ihren Ortsgruppen pünktlich und gewissenhaft erfolgt.

Die Zentralfstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

M.-Glabbad.

Tarifverneuerung. Mit der Firma Goerz u. Kirch, bei welcher vor kurzer Zeit ein Streit wegen Maßregelungen geführt werden mußte, ist es zur Erneuerung eines Tarifabschlusses für die Dauer von zwei Jahren gekommen.

Der bisher geltende Tarif war zum 1. Oktober kündbar. Von diesem Rechte hatte die Firma Gebrauch gemacht. Sie wollte den Tarif bedeutend, und zwar zu ihren Gunsten, ändern. Sie hatte auch einen neuen Entwurf ausgearbeitet. Aus diesem war so recht ersichtlich, wohin sie strebte. Der Tarifentwurf war aber für die Arbeiter unannehmbar. Es wurde der Firma eine Gegenvorlage vorgelegt und auf Grund dieser in Verhandlungen eingetreten.

Die Verhandlungen ergaben eine Verständigung. So sind wieder auf friedlichem Wege die Lohnbedingungen für zwei Jahre unföndbar festgelegt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Ameru-St. Georg. Seit längerer Zeit beliebt es viele unserer Mitglieder, auf den Versammlungen „durch Abwesenheit zu glänzen“. So auch auf unserer letzten Generalversammlung. Obwohl die Tagesordnung eine sehr wichtige war, hatten doch die meisten unserer Mitglieder es nicht für nötig befunden, die Versammlung zu besuchen. Trotzdem nahm diese einen schönen Verlauf. Der Vorsitzende, Kollege Konr. Wilms, eröffnete dieselbe und erstattete den Bericht von der Bezirkskonferenz in Krefeld. Er betonte ganz besonders die Notwendigkeit der Einführung von Sozialzuschlägen. Die Diskussion war sehr reger. Das Resultat derselben war, im Monat November eine Mitgliederversammlung abzuhalten und dann die Frage erneut zu behandeln. Dann gab der Kassierer Hugo Siepen den Kassierenbericht vom letzten Quartal. Demselben war zu entnehmen, daß wir sieben Mitglieder verloren haben, eine Tatsache, die allseitig bedauert wurde. Unter Punkt Verschiedenes wurde in Anregung gebracht, im kommenden Winter ein Familienfest zu feiern. Das Nähere soll auf der nächsten Versammlung besprochen werden.

Bocholt. Vor einer wichtigen und ersten Arbeit steht unsere Ortsgruppe. Gilt es doch, Vorbereitungen zu treffen und Kräfte zu sammeln für eine erfolgreiche Herbstagitation. Wenn wir zunächst einen kleinen Rückblick werfen auf die Lage der hier stark vertretenen Textilindustrie, so kann dabei nicht viel Erfreuliches gewonnen werden. Die hiesige Arbeiterschaft hat in verflochtenen Sommer manche Festschicht durchmachen müssen, infolgedessen auch manchen Lohnausfall gehabt. Manche Betriebe haben längere Zeit wöchentlich nur fünf Tage gearbeitet. Der Lohn der Textilarbeiter ist nicht danach, diesen Ausfall dauernd ertragen zu können. Der organisierten Arbeiterschaft konnte in vielen Fällen eine Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt werden. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden in einem halben Jahre rund 1485 M. ausbezahlt. Man sieht auch hier wieder die Bedeutung unserer Unterstützungsrichtungen, wiewohl wir denselben nicht die Hauptbedeutung in Verbände beilegen wollen. Erfreulicherweise hat sich der Geschäftsgang, wenn auch nicht allgemein, so doch in einigen Betrieben wieder gehoben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen namentlich in den Betrieben, wo die Arbeiterschaft zum größten Teil der Organisation noch fernsteht, viel zu wünschen übrig. Diese Arbeiter verlegen sich aufs Kritisieren, ohne aus den schlechten Verhältnissen die Folgerungen zu ziehen. Wollten diese Leute es doch mal endlich einsehen, daß nur durch die Organisation bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Solche Arbeiter, die selbst kein Opfer bringen, selbst kein Solidaritätsgefühl haben, sagen dann einfach: „Der Verband nützt nichts.“ Als wenn unsere Organisation erst die Verhältnisse bessern könnte, bevor die Arbeiterschaft selbst nur einen Finger dazu gerührt hat. Wenn solche Arbeiter sich wirklich davon überzeugen wollen, ob der Verband was nützt, dann mögen sie sich mal mit denjenigen Kollegen und Kolleginnen in Verbindung setzen, in deren Betrieb die Belegschaft stark organisiert ist und wo durch Vorstelligwerden und Verhandlungen der Arbeiterschüsse oder des Verbandsvertreter manche Mißstände beseitigt und manche Verbesserungen erzielt wurden. Das Gebahren mancher Unorganisierten wird auch dadurch charakterisiert, daß sie auch dort, wo erhebliche Summen an Vergütung für Warten auf Material usw. an sie ausbezahlt werden, in ganz gehässiger Weise über den Verband losziehen. Pflicht unserer Kollegen und Kolleginnen ist es, solchen Elementen den Mund zu stopfen und ihnen in energischer Weise entgegenzutreten. Es gilt besonders in nächster Zeit eine rastlose Agitations- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir richten daher an alle Mitglieder den dringenden Appell, ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Sache zu stellen. Zwar haben wir in diesem Jahre eine erhebliche Anzahl Kollegen und Kolleginnen gewonnen, jedoch ist die Zahl der Fernstehenden noch gewaltig groß. Um diese zu gewinnen, bedarf es der Mitarbeit aller. Unsere Ortsgruppe ist, um die Agitation planmäßig zu gestalten, in drei Agitationsbezirke geteilt. In nächster Zeit werden nun in allen Revieren Agitationsversammlungen abgehalten. Dann gilt es für unsere Kollegen und Kolleginnen, vollzählig zu diesen Versammlungen zu erscheinen und möglichst viele unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen mitau-

bringen. Nach diesen Revierversammlungen wird dann die Hausagitation auf der ganzen Linie kräftig betrieben werden müssen. Ein speziell auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenes Flugblatt wird dabei gute Dienste leisten. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder dann nach besten Kräften allseitig mithelfen werden. Vorwärts! muß unsere Parole lauten. Der Wille ist es, der die Tat schafft.

Cuxen. Das Ortsstell der christlichen Gewerkschaften für Cuxen und Umgegend beabsichtigt, einen Antrag an die Stadtverwaltung zu stellen auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosennot, die seit Anfang 1910 hier fast ständig größer geworden ist und sich im kommenden Winter noch fühlbarer machen dürfte, wird durch folgende Zahlen beleuchtet. Es waren bei der hiesigen Ortsgruppe des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter arbeitslos gemeldet im 1. Quartal 1910 285 Mitglieder an 649 Tagen, im 2. Quartal 471 Mitglieder an 2057 Tagen, im 3. Quartal 660 Mitglieder an 2855 Tagen, im 4. Quartal 456 Mitglieder an 1441 Tagen, im 1. Quartal 1911 601 Mitglieder an 2475 Tagen, im 2. Quartal 665 Mitglieder an 2873 Tagen und im 3. Quartal 1001 Mitglieder an 4388 Tagen. Diese Zahlen beziehen sich natürlich weniger auf Stellenlosigkeit als auf Warten auf Material. Daß der Arbeiterstand dadurch sehr hart getroffen wird, ist klar. An Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt in den einzelnen Quartalen des Jahres 1910 294,40, 863,45, 2703,80, 1370,90 Mark und in den drei Quartalen des laufenden Jahres 1722,50, 1773,25, 2694,50 Mark.

Forst i. L. Die Gewerbeprüfungswahl findet am 3. November, vormittags von 10 bis nachmittags 5 Uhr im Stadtverordneten Sitzungssaale statt. Wahlberechtigt sind solche Arbeiter, welche deutscher Staatsangehörigkeit und mindestens 25 Jahre alt sind, sodann aber im Stadtbezirk Forst zur Zeit der Wahl entweder als Arbeiter beschäftigt oder, wenn sie außerhalb dieses Bezirks in Arbeit stehen, wohnhaft sind.

Die vom nationalen Wahlausschuß eingereichte Vorschlagsliste weist folgende Kandidaten auf:

Hermann Jernikow, Kettenfischer; Emil Wilhelm, Spinner; Theodor Gottlieb, Weber; Hermann Peike, Spinnereiarbeiter; Hermann Scholz, Tuchmacher; Emil Hannasch, Tuchfischer; Richard Boigt, Tuchmacher. Für die Ersatzwahl: Adolf Schiemann, Spinner.

Ehrenpflicht aller Kollegen ist es, am Tage der Wahl vollzählig an der Wahlurne zu erscheinen und ihre Stimme nur obigen Kandidaten zu geben. Die aufgestellten Kandidaten geben uns die Gewähr, die Interessen der gesamten Arbeiterschaft nach besten Kräften zu vertreten.

Versäume daher niemand, am 3. November zur Wahl zu gehen und noch andere auf nationalem Boden stehende Arbeiter mitzubringen.

Greiz, in Vogtland. Zu einer anregenden Feier gefasste sich unser am 8. Oktober abgehaltenes Stiftungsfest. Zahlreich strömten die Kollegen und Kolleginnen zusammen. Gegen Abend hatten sich rund 250 Personen versammelt. Auf der Höhe des Abends stand die Festrede des Gesamtverbandesekretärs Kollegen Buscher-Grfurt. Nach einem kleinen Rückblick sprach er den Anwesenden Mut und Entschlossenheit zu, zu weiterem Kampf für die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung. Lebhaftes Bravo zeugte von dem Interesse, mit dem die Anwesenden den durchdringenden Ausführungen des Referenten gefolgt waren. Die Vorführung einiger kleinerer Einakter, die den Wert der Gewerkschaftsbewegung bildlich darstellten, beschloß die so anregend verlaufene Feier. Der Erfolg dieser 7. Stiftungsfestfeier dürfte sein, daß in Zukunft alle Kollegen und Kolleginnen mehr als bisher für unseren christlichen Textilarbeiterverband arbeiten.

M.-Glabbad. Bestraft Versammlungsleiter. Am 16. Okt. fand hier vor dem Schöffengerichte Termin an gegen den hiesigen Geschäftsführer der Dülstedorfer sozialdemokratischen „Volkzeitung“, Schmidt, und den Weber Haubold, wegen Hausfriedensbruch.

Am zweiten April dieses Jahres faßten die Glabbacher Ortsgruppen unseres Verbandes den Beschluß, mit den Gegnern keine gemeinsamen Versammlungen mehr abzuhalten. Die Opposition, welche von den Genossen dagegen in einzelnen Betrieben gemacht worden ist, hat die Presse schon wiederholt beschäftigt, die Genossen sühnten heraus, daß dieser Beschluß für sie sehr unangenehm und für ihre Agitation nachteilig ist. Als sie einsehen, daß mit ihrem Geschimpfe unsere Mitglieder zu keiner anderen Ansicht zu bringen waren, sollte ein anderes Mittel angewandt werden. Am 9. Juli lud der Arbeiterschuss der Firma Achter u. Gebel mittels Kaufzetteln die Weber des Betriebes und zwar nur diese, zu einer Fabrikversammlung ein. Hier von bekamen die Geschäftsführer der sozialdemokratischen und Hirsch-Dundersehen Organisation Bescheid. Beide sandten einen Vertreter zu dieser Versammlung. Der Versammlungsleiter machte sie im Lokale darauf aufmerksam, daß sie nicht geladen seien und auch nicht geduldet würden. Als sie hierauf das Lokal nicht verließen, wurden sie wiederholt aufgefordert, die Versammlung zu verlassen. Auch machte der Leiter sie auf die eventuellen Folgen aufmerksam, weil er im Besitze des Hausrechtes war. Auch jetzt wurde das Verlassen des Lokals verweigert. Die beiden wandten ein, nicht der Leiter, sondern die Versammlung habe über ihre Duldung zu entscheiden. Es war mit einer zufällig zu ihren Gunsten anwesenden Majorität gerechnet worden. Der Leiter ließ dies aber nicht gelten. Damit erreichten die beiden Vertreter, daß die Versammlung nicht stattfand, aber eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch erfolgte. In der Verhandlung führte der Angeklagte Schmidt unter anderem aus, daß er nicht gewußt habe, daß die Verbandsvertreter zu einer solchen Versammlung keinen Zutritt hätten, dies wäre früher nie gewesen und wäre auch, zwecks Information der Verbände, nicht entbehrlich. Auch bestritt er dem Versammlungsleiter das Recht, ihn aus dem Lokal zu verweisen. Er sei auch von einem Teilnehmer der Versammlung zum Bleiben aufgefordert worden. Von seinem Gewährsmann wurde aber bestätigt, daß dieser davon gewußt habe, daß andere wie die Weber der Firma zu der Versammlung nicht zugelassen würden. Der andere Angeklagte schloß sich im allgemeinen den Ausführungen von Schmidt an. Der Anwalt des Schmidt suchte diesen zu verteidigen, konnte aber die Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Der Amtsanwalt beantragte wegen Hausfriedensbruch eine Strafe von 10 Mark. Nach der Beratung erklärte das Gericht, den Ansichten der Belegten nicht beitreten zu können. Der Arbeiterschuss sei die gewählte Vertretung der Arbeiterschaft. Als solcher habe dieser das Recht, zu bestimmen, ob auch andere als die Arbeiter der Firma an der Versammlung teilnehmen dürften. Der Vorsitzende habe daher seine Befugnisse nicht überschritten, und hätten sie das Lokal verlassen müssen. Sie hätten dieses nicht getan und hierdurch Hausfriedensbruch begangen. Es wurde entsprechend dem Antrage des Amtsanwaltes auf eine Geldstrafe von zehn Mark erkannt.

Hannover-Linden. In der Nr. 41 des „Textilarbeiters“ nimmt der hiesige Anwalt desselben Veranlassung, unsere Kritik seiner sogenannten „populär-wissenschaftlichen“ Vorträge, „Kindersegen und kein Ende“, unter seine rote Witze zu nehmen. Wir wollen zur Ehre des Artiklers annehmen, daß er denselben ohne viel dabei gedacht zu haben zurechtgemacht hat, sonst können wir solchen Unsinn nicht verstehen. J. W. schreibt er, zwei Frauen, Hebammen, welche eine Schädigung ihres Geschäftes befürchteten, hätten sich eingekleidet. Wir wollen darin aufklären. Es sind Kolleginnen von uns gewesen, welche in dieser Versammlung zugegen waren, und da laut Einladung alle Kolleginnen teilnehmen konnten, wird von Einschleichen nicht die Rede sein können. Was dann noch über katholische Geistliche geschwafelt wird, kennt man ja aus den sozialdemokratischen Tageszeitungen zur Genüge. Da wird irgend ein Ort des Auslandes oder vielleicht gar ein unbekannter und unentdeckter hervorgehoben und den gläubigen Lesern dann irgend eine Scheußlichkeit erzählt, deren Hauptperson dann ein katholischer Geistlicher sein muß. Ob der Staatsanwalt sich auch für die „populär-wissenschaftlichen Vorträge“ der hiesigen Filiale des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes interessiert, mag der Artikler erst abwarten. Was dann in dem Artikel noch über die Ausschlußwahl von Neuberg geschrieben wird, hat jedenfalls bei allen, welche die Vorgänge miterlebt haben, ein Kopfschütteln verursacht ob solcher Verdrehung. Wir fragen nur: Waren nicht wir es, welche die prozentuale Vertretung beantragten? Ist nicht dieser Antrag von sozialdemokratischer Seite abgelehnt worden? Wir glauben, man will sich hier um jede Mitarbeit herumdrücken, um nachher zu kritisieren. Aber wir werden auch diesem Trick zu begegnen wissen. Das Naseführen wollen wir ruhig den „roten“ Führern überlassen, denn diese haben darin eine hohe Fertigkeit, wie dieses ja auch die Belegschaft von Neuberg am besten beurteilen kann.

Langenberg (Neuß). Eine schön besuchte Mitglieder-versammlung konnte unsere Ortsgruppe am 15. Oktober abhalten. Vor allem waren die Kolleginnen zahlreich erschienen. Kollege Melcher aus Greiz referierte über das Thema: „Weshalb sollen sich die Textilarbeiterinnen im christlichen Textilarbeiterverband organisieren?“ Er führte den Anwesenden vor Augen, wie gerade in der gegenwärtigen Zeit die Organisation sich als die treueste und freundlichste Helferin jedes einzelnen Mitgliedes bewiesen hat. Die Anwesenden waren mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden, was der warme Beifall bezeugte. Alle versprachen, ihr Bestes zu tun, um wieder vorwärts zu kommen.

Ludenwalde. Zu unserer Versammlung am 8. Oktober war auch Kollege Sparenberg-Jork erschienen. Nachdem Kollege Gausche über die Kaiserverhältnisse vom dritten Quartal berichtet hatte, erhielt Kollege Sparenberg das Wort zu seinem Referat: „Die Lage unseres Verbandes und unsere nächsten Aufgaben.“ Er führte dabei die schlechten Lohnverhältnisse in der Textilindustrie gerade hier in Ludenwalde an und ermahnte jeden Kollegen, mitzuarbeiten an der Verbesserung unserer Lage. Das könnte natürlich jeder Kollege am besten durch regeren Besuch der Versammlungen, denn gerade in bezug auf den Besuch der Versammlungen blies hier viel zu wünschen übrig. Dann kam Redner auf den Verband selbst zu sprechen. Er führte die Verbesserungen im Unterstützungsweesen, hauptsächlich in der Krankenunterstützung, die ja am meisten von allen Ausgaben ausmache, den Anwesenden vor Augen und wies hin auf die großen Ausparierungen und Lohnbewegungen in diesem Jahre, welche dem Verbands große Summen gekostet hätten. Redner machte daher den Vorschlag, Lokalbeiträge einzuführen. Dann schloß er noch verschiedene Vorgänge aus dem gegnerischen Lager. Es wurde dann noch über Abhaltung eines Stiftungsfestes gesprochen. Da die Agitationszeit wieder herangerückt ist, werden alle Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam gemacht, auf ihrem Posten zu stehen, damit wir auch in Ludenwalde ein Stück weiter vorwärts kommen.

Odenkirchen. Die vereinigten christlichen Gewerkschaften Odenkirchen haben beschlossen, in nächster Zeit Vorträge über die geistige und gewerbliche Ausbildung sowie über die soziale und materielle Hebung ihrer Mitglieder abzuhalten. Dieselben finden wie folgt statt: 1. Montag, 30. Okt., abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Morjan; 2. Montag, 6. Nov., abends 8 1/2 Uhr im Deutschen Gd.; 3. Sonntag, 12. Nov., abends 6 Uhr im Deutschen Gd.; 4. Montag, 20. Nov., abends 8 1/2 Uhr bei Morjan; 5. Sonntag, 26. Nov., abends 6 Uhr im Deutschen Gd. Zu diesen Vorträgen sind alle christlich-organisierten Kollegen familiärer Berufes eingeladen. Es ist Pflicht eines jeden, sich Aufklärung zu verschaffen über die Kämpfe, wie sie heute, besonders seitens der sozialistischen Gewerkschaften, gegen die christlich denkenden Arbeiter geführt werden. Allen Kollegen, die gewillt sind, an diesen Vorträgen teilzunehmen, werden noch besondere Programme zugestellt.

Döhrup. Auf unserer letzten Mitgliederversammlung am 8. Oktober wurde zunächst nach Verlesung des Protokolls die Wahl zweier Vertrauensmänner vorgenommen. Danach erstattete Kollege Möllering Bericht über den Verlauf des Bezirksdelegiertentages in Goresfeld. Unser Bezirksleiter Otte hielt hierauf einen interessanten Vortrag über die gewerkschaftliche Lage im allgemeinen und die Lage unseres Verbandes im besonderen. Nachdem Redner zum Schluß noch die Agitation besonders hervorgehoben hatte, kam er auch für die örtlichen Verhältnisse zu sprechen. Er bedauerte, daß man organisierten Kollegen in wenig erwandelter Weise Schwierigkeiten im Betriebe mache, um dadurch einen Druck auf die Organisation auszuüben. Es sei zu hoffen, daß solche nicht mit Rücksicht und auf Veranlassung der Firma geschehe. Letzteres bedürfe jedoch der Klarstellung, und entsprechend dem Resultat würde die Organisation ihre Stellungnahme einrichten. Der Appell zu neuem Festhalten und treuer Eingetretenseit hand wickelten Widerfall. Zu der Diskussion wurde u. a. bald eine öffentliche Versammlung gewünscht. Der Vorsitzende sprach aus aller Herzen, als er die Versammlung mit der Feststellung schloß, daß dieselbe einen anregenden und schönen Verlauf genommen hätte.

Spreenberg. Unsere Ortsgruppe konnte am 7. Oktober ihr erstes Stiftungsfest feiern. Die Veranstaltung verlief so vorzüglich, daß sich die Festkommission damit ein bleibendes Verdienst erworben hat. Musikstücke, vorgetragen von unseren Mitgliedern, die dem Posannenchor des Junglingsbundes angehören, wechselten ab mit Theateraufführungen. Der Begrüßungsansprache unseres Vorsitzenden Matziasch, der in mäßigen, zu Herzen gehenden Worten die Anwesenden willkommen hieß und zur zielbewußten Weiterarbeit in der Agitation anforderte, folgte die Festansprache unseres Bezirksleiters Kollegen Sparenberg aus Jork. Besonders hob er die Entwidlung unserer Ortsgruppe bis zum heutigen Tage hervor und legte allen Kollegen und Kolleginnen ans Herz, recht kräftig weiter zu agitieren und nicht müde zu werden in der Arbeit für unsere Ortsgruppe. Gemeinschaftliche Gesänge und Vorträge verschönernten das Fest. Zum

Schluß hielt Kollege Müller eine Rede, in der er die Ausführungen seiner Vorredner ergänzte. Dann fanden noch Neuaufnahmen statt.

Schießbahn. Aus dem Quartalsbericht der hiesigen Ortsgruppe ist folgendes zu entnehmen: Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 340 (in derselben Zeit des Vorjahres 289), davon sind männlich 224, weiblich 116. Die Gesamteinnahme betrug 1521,80 M. (i. V. 1114,90 M.). Davon wurden an die Zentralkasse in Düsseldorf abgedandt 1145 M. An Krankengeldzuschuß wurden gezahlt 111,98 M. (i. V. 98,50 M.). Der durch Statut festgelegte Ortsgruppenanteil zur Bestreitung der örtlichen Verwaltungskosten (15 Proz. der Gesamteinnahme) betrug 225,77 M. (i. V. 157,26 M.). Die Ortsgruppenkasse, aus Ersparnissen der Ortsgruppenverwaltung stammend, beträgt 1198,53 M. (i. V. 1004,32 M.). Wie obige Zahlen zeigen, ist der Ausbau der Ortsgruppe nach innen und außen ein recht erfreulicher, um so mehr, als die Mitglieder auch in den kommenden schweren Zeiten ihren Mann stehen werden im Kampfe um die christliche Weltanschauung.

Soziale Rundschau.

Infolge der gewaltigen Errungenschaften, speziell auf den Gebieten der Technik und des Verkehrs, hat der Welthandel in den letzten Jahrzehnten einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die Summe der Werte in Ein- und Ausfuhr aller Länder wird auf mindestens 140 Milliarden Mark jährlich geschätzt, während sie noch vor zehn Jahren kaum 90 Milliarden Mark betragen hat. England ist etwa mit siebenzehn Prozent, mit Einschluß seiner Kolonien mit fünfundzwanzig Prozent am Welthandel beteiligt. Nach England kommt sofort Deutschland mit rund zwölf Prozent, steht also nach England an erster Stelle. In den letzten zwei Jahrzehnten von 1890 bis 1910 stieg die Einfuhr nach Deutschland um 4788 Millionen Mark = 115 Prozent, die Ausfuhr um 4148 Millionen Mark = 125 Prozent. Mit diesen Zahlen hat der deutsche Außenhandel, sowohl was Einfuhr als auch was Ausfuhr anbetrifft, absolut und prozentual stärker zugenommen als der Englands, Nordamerikas und Frankreichs.

Graf Posadowsky über die Sozialpolitik. Auf der zweiten internationalen Konferenz für Sozialversicherung, die vom 15. bis 18. September in Dresden tagte, führte Graf Posadowsky über die Notwendigkeit und Fortführung der Sozialpolitik in einer Ansprache aus:

„Ich war vor einigen Jahren auf einem sozialpolitischen Kongress und trat gegenüber Strömungen, die sich seit einiger Zeit geltend machen, daß wir nämlich die Sozialpolitik überspannten, ein für eine kraftvolle Fortführung unserer sozialpolitischen Arbeiten. Aus der Mitte der Versammlung wandte man ein, daß das nicht die Forderung der Stunde sei, vielmehr sei die Forderung der Stunde, die Selbsthilfe zu wecken; denn ein kräftiges Volk muß sich auf die Selbsthilfe stützen und nicht immer nur auf die Staatshilfe vertrauen. Unser wirtschaftliches Leben aber hat eine derartige Entwicklung genommen, daß die Verhältnisse mit einer solchen Wucht auf dem einzelnen Individuum lasten, daß dieses nicht immer imstande ist, sich selbst zu helfen. Hier tritt die Grenzscheide ein, wo die starke Hand des Staates eingreifen muß, um Uebelstände zu beseitigen, gegen die der einzelne machtlos ist und gestützt werden muß durch sozialpolitische Maßnahmen.“

Es liegt in der Menschennatur, daß jeder seine äußere Lage verbessern will. Die gute Seite dieses Strebens ist, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt, wenn auch nicht immer der sittliche, gehoben wird. Und wo nur immer Individuen sich zu gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen vereinen, da entstehen Klassenkämpfe und Klassengegenstände. Wie die einzelnen Klassen, so suchen auch ganze Nationen durch den Kampf ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wir nennen das Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Diese wirtschaftlichen Kämpfe haben aber auch Schäden zur Folge. Kein Staat, keine Gemeinde kann eine gesunde Sozialpolitik treiben, die nicht auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage beruht und sich auf wirtschaftlich aufsteigender Linie befindet. Wir müssen suchen, die drei Faktoren unseres Wirtschaftslebens, Kapital, Unternehmertum und Arbeitskraft, durch die Gesetzgebung auszugleichen und eine gesunde Diagonale zu finden. Wenn unser Verein besteht ist, die sozialpolitischen Gesetze auf internationaler Grundlage zu regeln, und den einen Faktor unseres Wirtschaftslebens, die Belastung der Produktionskosten, durch soziale Versicherung in möglichst gerechter Weise zu verteilen und in den einzelnen Ländern parallel zu gestalten, so wird der Wettbewerb gleichmäßig gestaltet, und es wird gewissermaßen faire plein für alle Nationen geschaffen. Wirtschaftliche Kämpfe werden nicht aufhören, solange nicht das Wirtschaftsleben eines Volkes hinter einer christlichen Mauer erstarrt. Darum kann sich auch die Sozialpolitik niemals erschöpfen. Wir hoffen, daß mit der Fortführung einer christlichen Sozialpolitik die Gegenstände einigermaßen gemildert werden und Zuständen angepaßert werden, in denen die wirtschaftlichen Kämpfe nicht eine neue wirtschaftliche Schädigung zur Folge haben. Hoffen wir, daß wir durch unsere Arbeit diesem Ziele näher kommen.“

Versammlungskalender.

Barmen. 28. Okt., 8 1/2 Uhr, bei Martin, Parlamentär. **Berchelt.** 29. Okt., 10 Uhr, im Arbeitervereinssaale Abrechnung der Vertrauensmänner. **Borghorst.** 29. Okt., 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg, Generalversammlung.

Dahlhausen (Wupper). 5. Nov., 2 Uhr, bei Geinr. Engel. **Derschlag.** 29. Okt., 1/5 Uhr, bei Friz von der Simpepe. **Fischen.** 29. Okt., 11 Uhr, bei Heinrich Müller. **Giesentirchen.** 29. Okt., 10 Uhr, im kath. Vereinshaus, Versammlung der Vertrauensleute und der Agitationskommission. **M.-Glabach-Waldhausen.** 28. Okt., bei Joh. v. d. Burg, Quartalsversammlung. **Greiz.** 28. nicht 21. Okt., 8 1/2 Uhr, im Burgkeller. **Holt.** 29. Okt., 11 Uhr, bei David Arey, Generalversammlung. **Krefeld.** Wiedereröffnung der Kartellbibliothek im Verkehrslokale „Reichshalle“. Ausgabe der Bücher Sonntags von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr. **Leuth b. Kaldenkirchen.** 5. Nov., 1/6 Uhr, bei Franz Dürkers. **Odenkirchen.** 29. Okt., 10 Uhr, im deutschen Gd., Generalversammlung. **Rheinbach.** 28. Okt., 8 1/2 Uhr, bei Döcker. **Rheindt.** 29. Okt., 6 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchnerstraße 35, Quartalsversammlung. **Schießbahn.** 1. Nov. (Allerheiligen), 6 Uhr, bei Hohen. **Werden (Aubr).** 29. Okt., 10 Uhr, zur Krone am Markt. **Walheim.** 29. Okt., 6 Uhr, bei August Köhr in Gahn.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Viktor Morlatt in Mülhausen i. Els.
 - Ludwig Menne in Werden.
 - Georg Holtmann in Epe.
 - Gerhard Jansen in M.-Glabach.
 - Heinrich Focke in Metelen.
 - P. W. Nussbaum in Blombacherbach.
 - Johann Lais in Gronau.
 - Heinrich Schlabbers in M.-Glabach.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1911. Herausgegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 288 Seiten. Preis kartoniert 40 Pfg., gebunden in Leinwand 50 Pfg., von Vereinen in Partien bezogen billiger. Verlag der Germania Akt.-Ges., Berlin C 2. — Der vorliegende 10. Jahrgang des Arbeiter-Taschenbuchs wird herausgegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. Seit Jahren schon war das Taschenbuch der Ausdruck der Geistes- und Arbeitsgemeinschaft in den jetzt kartellierten drei Landesverbänden. Es hat sich die Aufgabe gestellt, der Wegweiser der Vereinsmitglieder zu sein. Daher sein reiches, packendes, lebensweckendes Inhalt. Für jeden in der christlichen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiterfreund und für alle katholischen Arbeiter ohne Ausnahme ist gerade dieses Taschenbuch außerordentlich nützlich, ja geradezu unentbehrlich. Aus dem Inhalte heben wir besonders hervor:

Der Gewerkschafter im katholischen Arbeiterverein — Arbeiterinteressen und Handelspolitik — Umbildungen im parteipolitischen Leben — Was bringt uns die Reichsversicherungsordnung? — Arbeiterhandwerk und Arbeiterheim.

Wächten doch — bei dem niedrigen Preise — recht viele danach greifen zu eigenem Nutzen und im Interesse der guten Sache.

Führer, Dr. med. A., **Erfolge mit Haus-, Heil- und Volksmitteln.** Nach der neuen Lehre vom Leben (Biologie) und nach 40jähriger Erfahrung unter neuen originalen Gesichtspunkten bearbeitet. Pfg. 1 — 60 (vollständig in 6 Bänden à 0,60). Leipzig, Verlag von Krüger u. Co. —

Haus-, Heil- und Volksmittel hat es stets gegeben, und selbst der Arzt verzichtete oft diese einfachen, in der Familie meist zunächst verjagten Mittel nicht. Seht doch vor kurzem einer der größten Mediziner der Gegenwart seinen Assistenten und Studenten auseinander, was mit Hilfe einfacher Mittel, mit einem abwartenden Verhalten, mit Regelung der Diät, Umschlagen, Bädern, Massage, Haus- und Volksmitteln alles zu erreichen sei. Alles dieses findet man kurz gefaßt in obigem Buch, auf dessen Schluß wir gern zurückkommen werden.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Teuerung. — Wohin die Reise? — Die Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes in Textilwaren. — Moderne Wohnungshygiene. — Das neue Jahrbuch. — Feuilleton: Der deutsche Teppich. — Was der Arbeiterbewegung: Ausschließung des Gesamtverbandes. — Christliche Gewerkschaften und Reichstagswahl. — Die bekannte Gewerkschaft. — Eine wichtige Lehre der Teuerung. — Städtische Lebensmittelmärkte. — Eine interessante Enthüllung. — Arbeitervereine und Wohnungsausstellungen. — Zwanzig Jahre Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine. — Die Stellung der Buchdruckergehilfen zum neuen Tarif. — Die Partei der „wahren Demokratie“. — Aus unserer Industrie: Die Ausfuhr von Textilwaren. — Auswanderung österreichischer Baumwollindustrieller nach Deutschland. — Zahlungseinstellungen von Textilfirmen. — Der italienisch-türkische Krieg und die Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung für den Monat Oktober. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreigekelten: M.-Glabach. — Berichte aus den Ortsgruppen: Amern-St. Georg. — Bocholt. — Guppen. — Jork i. L. — Greiz i. Vogtl. — M.-Glabach. — Hannover-Linden. — Langenberg (Neuß). — Ludenwalde. — Odenkirchen. — Döhrup. — Spreenberg. — Schießbahn. — Soziale Rundschau: Infolge der gewaltigen Errungenschaften. — Graf Posadowsky über die Sozialpolitik. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.